

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige Querzeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvordruck u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offsetdruck 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postlestellkonten:** Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 205

Bromberg, Freitag den 8. September 1933

57. Jahr.

Sir Edward Grey †.

London, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer fast einwöchigen Agonie ist heute früh 6 Uhr Lord Grey, der ehemalige Außenminister Großbritanniens, im Alter von 71 Jahren gestorben.

Edward, Viscount Grey of Fallodon, dessen Ableben soeben gemeldet wird, ist in die Weltgeschichte unter dem Namen eingegangen, den er trug, bevor sein König ihm den Titel eines Viscount of Fallodon verließ. Sir Edward Grey hieß der Mann, der Anfang August 1914 die Kriegserklärung Englands an Deutschland unterzeichnete und damit erst die im Osten und Westen des europäischen Kontinents begonnenen Kriegshandlungen zu dem gewaltigen Menschheitsdrama des Weltkrieges erweiterte. Sein Bild und die Rolle, die er in jenen verhängnisvollen Augusttagen spielte, sind heiß umstritten worden. Die einen sahen in ihm den verschlagenen Diplomaten, der sich im entscheidenden Augenblick durch die starre Germanophobie des Insulaners mit rein englischem Gesichtshorizont leiten ließ, die anderen den unentschlossenen, schwankenden Schwächling, der von intrigierenden Kräften in seiner Umgebung zu Entscheidungen gedrängt wurde. Soweit man aus seinen Memoiren und aus dem, was von seinen engsten Mitarbeitern seither veröffentlicht wurde, entnehmen kann, trifft keine dieser Charakterisierungen zu.

Grey ist seit Beginn seiner politischen Laufbahn, in die er im Jahre 1885 als liberales Mitglied des Unterhauses eintrat, ein Vertreter des entschiedenen englischen Imperialismus gewesen. 1892 bis 1895 gehörte er als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt unter Lord Rosebery zum ersten Mal der Regierung an und wurde im Dezember 1905 selbst Außenminister der liberalen Kabinette Campbell-Bannerman und Asquith. In dieser Eigenschaft hat er die Außenpolitik seines konservativen Vorgängers, Lord Lansdowne, konsequent fortgesetzt. Er baute damals die Entente mit Frankreich aus und begann im Jahre 1907 durch das englisch-russische Abkommen über Persien die Annäherung Großbritanniens an Russland. Dieser Vertrag, der für die weitere Entwicklung der europäischen Politik entscheidende Bedeutung gewann, weil er die Rivalitäten zwischen England und Russland in Vorderasien aus der Welt schaffte, war dabei weniger das persönliche Werk Sir Edward Greys als das des englischen Botschafters in Petersburg Arthur Nicolson. Nicolson, der vorher Gesandter in Madrid war, hat schon damals als Vertreter Englands an der Konferenz von Algeciras entscheidend in die europäische Politik eingegriffen. Sein Sohn hat vor einigen Jahren seine Memoiren veröffentlicht, und aus ihnen ist zu entnehmen, welchen maßgebenden Einfluss Nicolson auf die Beschlüsse des britischen Kabinetts gerade in den Angelegenheiten ausgeübt hat, die sich später dann zu dem Weltkonflikt von 1914 zuspielten. Sein unmittelbarer Einfluss auf Sir Edward Grey, den Leiter der englischen Außenpolitik, stieg noch, als er 1910 als ständiger Unterstaatssekretär in das Auswärtige Amt berufen und damit der nächste Gehilfe Greys wurde. Aber aus seinen Memoiren geht doch hervor, daß er keineswegs eine Politik auf eigene Faust betrieb und Sir Edward Grey auf Wege abzudrängen versuchte, denen dieser innerlich widerstrebt hätte. Die englische Politik in den europäischen Angelegenheiten war damals von einer Homogenität, die eine Verschiebung der sachlichen Verantwortlichkeit von Grey auf Nicolson nicht gestattet.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß Sir Edward Grey dem mächtig aufstrebenden Deutschland gegenüber von vornherein eine Kühle und vorsichtige Haltung einnahm. In der Marokko-Krise des Jahres 1911 hat er sich scharf gegen das Reich gestellt. Wie weit er sich der Tragweite der spätpolitischen Versprechungen bewußt war, die er im folgenden Jahre in seinem Briefwechsel mit dem französischen Botschafter Cambon diesen für den Fall eines französisch-deutschen Konflikts gab, ist nicht ganz klar. Jedenfalls aber fühlte er sich, als dieser Konflikt im August 1914 ausbrach, in seinen Entschlüsse gebunden. Er begründet in seinen als politischer Nachrichtsbericht erschienenen Memoiren, die zugunsten der militärischen Unterstützung von Frankreich und Russland getroffene Entscheidung damit, daß die Beibehaltung der Neutralität eine Aufgabe der Entente bedeutet haben würde, daß ihm im Interesse Englands aber dieser Preis als zu hoch erschien sei. Das der deutsche Einmarsch nach Belgien der entscheidende Grund für die englische Kriegserklärung gewesen sei, ist natürlich unzutreffend. Der Beschluß des englischen Kabinetts lag schon vorher fest und der Einmarsch gab nur das willkommene Stichwort und die Begründung für die Kriegserklärung. Es ist interessant, bei Nicolson nachzulesen, wie durch ein Versehen des Auswärtigen Amtes damals dem deutschen Botschafter in London zunächst ein falscher Text der Kriegserklärung übergeben worden ist. Fürst Lichnowski hatte sie allerdings zunächst ungelesen auf seinem Schreibtisch liegen lassen und Nicolson konnte so seine heikle Mission, das Schriftstück gegen das richtige zu später nächtlicher Stunde auszutauschen, erfüllen. Sir Edward Grey rettete so die offizielle englische Auffassung von den Gründern, die England zum Eintritt in den Krieg gegen Deutschland veranlaßten.

Grey hat die Leitung der englischen Außenpolitik noch bis zum Jahre 1916 in den Händen gehabt, bis Lloyd George die Regierung übernahm. Man wird nicht sagen dürfen, daß er ein politisches Genie von eigener Prägung gewesen wäre. Er lebte ganz und gar zwischen den Linien der starken englischen Tradition, über die er sich nicht erhob, in die er aber auch nicht durch fremde Einflüsse hineingezwängt zu werden brauchte. Die aus den inneren Kräften des Landes und des britischen Imperiums in ganz bestimmer Richtung vorwärts getriebene Politik wirkte durch ihn, der ihr treuer Schüler war, mehr, als daß er sie vorwärtsgetrieben hätte.

Zur Abrundung des allgemein menschlichen Bildes von dem Manne, den viele für einen kargen politischen Bürokraten hielten, ist, daß er 1927, als er längst in das private

Dasein zurückgekehrt war, ein Buch über „Die Unmut der Vögel“ geschrieben hat. Das war der Diplomat, der immerhin einen beträchtlichen Teil der Verantwortung für die Verstörung einer Welt des Friedens zu tragen hat. Bu-

Lloyd George über Grey.

London, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) In seinen jetzt erscheinenden Erinnerungen verurteilt Lloyd George stark die Politik Lord Greys in den schicksals schweren Tagen des Jahres 1914, dem er vorwirft, durch sein verhängnisvolles Zögern nicht gerade geholfen zu haben, die Katastrophe zu verhindern. Die Nachwelt werde Lord Grey wegen der Art, wie er damals die Lage behandelt habe, verurteilen.

Präsident Dr. Rauschning

appellierte an Danzigs Bevölkerung.
(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 6. September 1933.

Im Zusammenhang offenbar mit dem ärgerlichen Vorfall in der Langgasse veröffentlicht der Präsident des Danziger Senats Dr. Rauschning unter der Überschrift „Politik und Disziplin“ eine längere Abhandlung im „Vorposten“.

In dieser betont der Präsident, daß Deutschland der Mannesucht die Höhepunkte seiner Geschichte verdankt. Allein auf dem Boden eiserner, sich selbst verleugnender Disziplin sei auch die Größe der nationalsozialistischen Bewegung erwachsen. Wie in Deutschland, so in Danzig, mehr noch bei uns, seien es Disziplin und Selbstverleugnung gewesen, die uns den Kampf mit unserer neuen Volksgestaltung bestehen ließen. Aber diese Disziplin sei auch die Voraussetzung für unsere Zukunft, für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Danzigs. Ohne sie sei alles bisher Errungene umsonst erkämpft und müsse wieder zugrunde gehen.

„Es widerspricht auf das schärfste dem Sinn und Geist unserer Bewegung, wenn einzelne Persönlichkeiten ihre Politik für sich machen wollen. Wir haben die Parteien nicht innerlich überwunden, um sie in eigenen Unterorganisationen verhübertschaft wieder auftreten zu lassen.“

Die Politik in Danzig wird von dem nationalsozialistischen Senat allein verantwortlich geführt. Es gibt keinen Widerspruch zu dieser Politik, und jeder Nationalsozialist hat die Überzeugung zu tragen, daß zwischen Staat und Partei keine Gegensätze bestehen und bestehen dürfen.

Was die Danziger Regierung verantwortlich beschließt, sei für jeden Nationalsozialisten bindend und unabsehbar. Politik könne nur in einem Volk betrieben werden, das Disziplin im Leibe habe. Die Stärke der neuen Regierung sei es, daß sie auf dem Boden einer rücksichtslosen Gesellschaftsberufung der überwiegenden Bevölkerung eine Politik führen dürfe, die von großen Gesichtspunkten ausgehe, die auch einmal unpopulär sein kann, weil das Vertrauen zu den Führern auch das gut heißt, was man selbst nicht versteht.

Eigenmächtigkeiten und Disziplinwidrigkeiten aber rissen uns auf den Boden zurück, auf dem die sich bekämpfenden Parteien jeden politischen Versuch zur Ohnmacht verurteilten.

Danzig ist in Gefahr!

Das deutsche Volk steht überall im härtesten Kampf seiner Geschichte. Der Abschluß der nationalen Revolution ist der Anfang eines unendlich schweren Kampfes um unsere Gel tung.

Die Politik des Senats entspringt nicht willkürlichen Gedankengängen einiger Persönlichkeiten, sondern ist die nationalsozialistische Politik in Danzig, die von jedem Danziger, insbesondere von jedem Parteidienstler entsprechend zu ahnen ist. Wer sich gegen sie richtet oder sie mißachtet, verstößt gegen die Parteidisziplin.

Diese Politik ist nicht bequem. Sie vermag auch nicht zu begeistern. Sie entspringt nüchternster Überlegung und der Vernunft. Niemand ist gezwungen, eine Politik des Ausgleichs mit unserm Nachbar mit heller Freude zu begrüßen. Jedem, auch den Männern der Regierung, wird es schwer, Hoffnungen zurückzustellen und die Wünsche einer Biedervereinigung mit dem Mutterlande aufzuopfern. Es ist verständlich, daß auch im Amt stehenden Männern einmal die Zunge nicht variert. Aber

Die Politik des Senats geschieht zum Wohle Danzigs

und im Sinne der Zukunft unseres Volkes und des Friedens. Da gilt es, weiter zu opfern.

Niemand wird bestreiten, daß unser Los als Danziger schwer ist und daß es noch weiter schwer sein muß. Wenn wir den Weg des Friedens gehen und der Entzägung unserer Wünsche auf eine politische Revision, so wissen und bekennen wir, daß es

eine höhere Ebene der Politik im europäischen Osten.

gibt, auf der territoriale Teileprobleme wie die Zugehörigkeit Danzigs, eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielen werden.“

Auf der bisherigen Ebene der politischen Auseinandersetzung mit Polen gab es zwischen Danzig, Deutschland und Polen keine andere Möglichkeit, als die Forderung nach Revision der Verträge, der von Polen die Gegenforderung nach weiterem Gebietsgewinn gegenüberstand.

Die nationalsozialistische Friedenspolitik die auch in Danzig unter dem Zeichen einer neuen Zielsetzung steht, suchte eine höhere Plattform zum Ausgleich der bisher unlösbar erscheinenden Fragen zwischen den Völkern im europäischen Osten. Hier eine politische Neuordnung von Dauer zu schaffen, ist der Sinn der außenpolitischen Bemühungen des Danziger Senats und einzige und allein von der außenpolitischen Lage Danzigs können die Außenpolitik bestimmt werden.

Arbeit und Brot für jeden Danziger und die lebendige Volksgemeinschaft der Gerechtigkeit und des sozialen Friedens zu schaffen, sei nur möglich in harter Arbeit, in Disziplin und in einem Danzig, das außenpolitisch im Frieden steht.

Der Aufstand zum Katholikentag in Wien.

Wien, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Heute (Donnerstag) abends werden die ersten Feierlichkeiten des Allgemeinen Deutschen Katholikentages in Wien mit einem einstündigen Glockengeläute aller Wiener Kirchen eingeleitet. Jedoch schon im Laufe des Tages finden einige Veranstaltungen statt. So wird der Künstlermarkt auf dem Stephansplatz von Kardinalbischof Dr. Innitzer eröffnet. Die Marktstände, die sich an der ganzen Front der Stephanskirche entlang ziehen, sind nach den Ideen des Rektors der Akademie der bildenden Künste Dr. Holzmeister durchgeführt worden. Bis Mittwoch mittag waren nach den Schätzungen der Behörden etwa 20 000 Fremde in Wien eingetroffen. Von Rom feiert heute die päpstliche Abordnung, geführt von Kardinal La Fontaine, die am Mittwoch vom Papst empfangen worden war, nach Wien ab. Sie trifft am Freitag nachmittag in Wien ein, wo sie feierlich empfangen wird. Am Sonnabend werden drei Kardinale eintreffen, und zwar der Kardinalprimas Schön und der französische Kardinalprimas Verdier.

Professor Holzmeister Präsident des Katholikentages.

Unter dem Vorsitz des Kardinals Innitzer hat der vorbereitende Ausschuß des Katholikentages einstimmig den Rektor der Wiener Akademie der bildenden Künste, Clemens Holzmeister, zum Präsidenten des Katholikentages gewählt. Außer ihm werden im Präsidium auch Vertreter der Deutschen aus der Tschechoslowakei, der Schweiz und Ungarn sitzen.

Herriot — Oberst der Roten Armee.

Moskau, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der frühere Ministerpräsident Herriot, der sich gegenwärtig in Moskau aufhält, wo er von den maßgebenden Stellen der Rote Republik auf das freundlichste empfangen wurde, ist zum Obersten der Roten Armee ernannt worden. Die Ernennung wurde ihm aus Anlaß einer zu seinen Ehren gegebenen Veranstaltung mitgeteilt, und dabei hervorgehoben, daß man Herriot in Russland als eine Persönlichkeit schätzt, die andauernd für die Festigung des europäischen Friedens eintrete.

Der amerikanische Botschafter im Schloß.

Warschau, 7. September. (PAD) Gestern empfing der Präsident der Republik im Schloß den neuernannten Botschafter der Vereinigten Staaten John Cudahy, der ihm unter Wahrung des üblichen Ceremoniells die Beglaubigungsschreiben überreichte.

Am Tage vorher hatte der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Portugals, Caesar de Souza Mendes, dem Staatspräsidenten die Beglaubigungsschreiben überreicht.

Die Posener Cassandra.

Der „Kurier Poznański“ hält es bekanntlich für eine seiner wichtigsten Obhauptenheiten, vor der „deutschen Gefahr“ zu warnen. Er tut dies aus patriotischem Pflichtgefühl — und den Patriotismus hat er in Erbacht — mindestens einmal in der Woche in einem langen Leitartikel, und er gefällt sich in der Rolle der polnischen Cassandra so sehr, daß er jeden Anlaß dazu wacker ausnutzt. Und gibt es keinen solchen Anlaß, so holt er ihn bei den Haaren herbei. Heute greift er nochmals auf die deutsche „Ostlandreise“ zurück, die ihm schon einmal viel Unbehagen verursacht hat, und stellt sie mit einem Vorgang an der französischen Ostgrenze, nämlich mit dem Besuch in Parallele, den der derzeitige französische Ministerpräsident Daladier der neuzeitlichen chinesischen Mauer abgestattet hat, die die Franzosen in ihrer Angstpsychose an ihrer Ostgrenze gegen die deutschen Hunnen errichtet haben. Dort hat der französische Regierungschef, obgleich er, wie das Posener Blatt gebührend hervorhebt, politisch der Linken zugehört, feierlich erklärt, daß das ganze französische Volk bereit sei sein Gebiet mit der Waffe in der Faust zu verteidigen. Der „Kurier Poznański“ hält es für ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß die Durchfahrt der Ostlandreise durch Pommernellen und die Riede Daladiers so ungefähr gleichzeitig stattfanden, und ancheinend hält er es für noch merkwürdiger, daß beide Vorgänge so sehr von einander verschieden waren. Hier die freie Durchfahrt deutscher Fahrzeuge durch polnisches Land und dort eine Art Warnung von französischer Seite an Deutschland. Dieser Unterschied geht offensichtlich dem „Kurier Pozn.“ gegen den Strich, und er hätte es offenbar für richtig gehalten, wenn von polnischer Seite etwas ähnliches geschehen wäre wie an der französischen Ostgrenze. „Das polnische Volk ist“ — so heißt es in dem Kurier-Artikel — „von derselben Bevölkerung belebt (wie das französische), und die Polnische Regierung steht, wie sie auch heißen möge, offensichtlich auf demselben Standpunkt, aber der politisch-propagandistische Raid durch das polnische Pommernellen geht seinen Weg, und trotz aller Erfahrungen fehlt es in Polen nicht an Illusionen und an ziemlichen politischen Sitzzäuden.“

Noch schärfer und deutlicher erhebt an einer anderen Stelle die Posener Cassandra ihre warnende Stimme: „Swar habe die Auffassung der Nationalisten (Nationaldemokraten) hinsichtlich der polnischen Außenpolitik — ob diese Front sich gegen Osten oder Westen zu lehnen habe — gezeigt; die Nationalisten sehen im Westen den Feind, u. s. auf Grund ihrer richtigen Beurteilung der internationalen Lage und auf Grund ihrer Erkenntnis, daß das ganze deutsche Volk von oben bis unten, von den Hitlernationalisten bis weit in die roten Reihen hinein im Verhältnis zu Polen, seinen Grenzen und seiner Unabhängigkeit, das sei und immer sein werde, was es immer war, d. h. ein unerbittlicher Feind“. Diejenigen, die anders dachten, seien jetzt zwar ökonomisch und blickten mit Sorge nach Berlin. Aber werden sie auch auf dem jetzigen Standpunkt beharren, wenn am deutschen Horizont sich wieder Pseudoliberalen zeigen sollten? Das Blatt befürchtet, daß dies nicht der Fall sein würde. Bei den polnisch-Danziger Verhandlungen, die nun an sich als richtig bezeichneten könne, habe die Sanierungsresse viel Illusionen gezeigt. In naiver Weise habe man sich darüber gefreut, daß das Hitlerkult in Danzig so verhandlungsbereit sei, während der Hitlerismus in Deutschland sich gegen Österreich so gierig zeige. Man wisse eben nicht, daß das Hitlerkult sein Programm in Etappen ausführen wolle.

Wir können uns auf die Wiedergabe dieser Säße aus dem Kurierartikel beschränken. Sie zeigen wie immer das Bestreben, die Volksmassen gegen Deutschland und das deutsche Volk aufzuhetzen, wobei man in den Mitteln dazu nicht sehr wöhlerisch ist. Auf die eine oder andere geschichtliche Fälschung kommt es den Leuten gar nicht an. So behauptet der „Kurier Pozn.“ mit lecker Stirn, daß die Deutschen dem polnischen Volke gegenüber immer ein anerbittlicher Feind gewesen sind, während er weiß oder wenigstens es wissen müsse, daß es eine Zeit gegeben hat, wo in Deutschland das polnische Volk enthusiastisch gefeiert wurde.

Tiefgehende Gegensätze gab es zwischen den beiden Nachbarvölkern im Laufe der langen Geschichte überhaupt nicht, und wenn zur Zeit das nachbarliche Verhältnis zu wünschen übrig läßt, so trägt die Nationaldemokratie einen großen Teil der Schuld daran, unter deren Regime viele Tausende Deutscher ihre Heimat verlassen mußten; dieselbe Nationaldemokratie, die, nachdem sie vor 7 Jahren politisch abgewirtschaftet hat, sich jetzt das Ansehen einer Seherin geben will, um das Volk vor eingebildeten Gefahren zu warnen. Die Cassandrafunktion des „Kurier Poznański“, des Sprachrohrs dieser politischen Vereinigung, sind gellende Mistköne und falscher Alarm; Deutschland denkt an nichts weniger als an Konflikte mit irgend einem seiner Nachbarn, und wer es anders darstellt, der arbeitet nicht daran, den Frieden zu sichern, sondern trägt dazu bei, ihn zu gefährden. Erst vor wenigen Tagen erklärte Reichskanzler Hitler feierlich vor aller Welt, daß es die Deutschen nach neuen Vorbeeren auf den Schlachtfeldern nicht gelüste, da die Ehre Deutschlands im Kriege nicht verloren worden sei. Das sollte den Zweiflern und Hesitern genügen.

Eine bezeichnende Manöveraufgabe.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die in Toledo im Staate Ohio erscheinende polnisch-amerikanische Zeitung: „America-Echo“ bringt eine interessante, aus dem in Perry, im Staate Ohio gelegenen Militärlager datierte Nachricht. Sie besagt, daß in den letzten Tagen am Eriosee Manöver des 5. Armeekorps der Vereinigten Staaten unter der Führung des Generalmajors B. W. Hough, stattgefunden haben. Das am Eriosee genau bezeichnete Manöver-Gelände entsprach in seinen Umrissen den Grenzen Pommernells. Das Ziel der Manöver lautete: „Dem Feinde Pommernellen, welches Polen weggenommen wurde, zu entreihen und den Zutritt Polens zum Meer wiederherzustellen.“

Die angreifende Armee bildete die 73. gemischte Brigade, die „polnische Armee“, welche Pommernellen zurückzugehn hatte, bildete die 5. Infanterie-Division. Die Manöverleitung bestimmte die Stadt Toledo, die am Eriosee liegt, als — Edingen. Nach fünfjährigen Kämpfen hat die 5. Infanterie-Division den Sieg davongetragen und „Pommernellen wurde zurückgewonnen . . .“

*
Einfuhr von Landkarten aus Deutschland verboten.

Das Innenministerium hat eine Verordnung erlassen, durch welche die Einfuhr von Landkarten, die vom Kartographischen Institut in Berlin herausgegeben

find, verboten wird. Das Verbot wird damit begründet, daß die deutschen Landkarten falsche statistische Daten über Schlesien enthalten und daß die Grenzlinien auf den Karten über die tatsächlichen Grenzen hinausgezogen seien und die Eroberungsabsichten Deutschlands veranschaulichen.

Auflösung der Deutschnationalen Volkspartei in Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 6. September.

Durch einen Schriftwechsel zwischen dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei in Danzig, dem früheren Präsidenten des Senats Dr. Biehm und dem jetzigen Präsidenten des Senats Dr. Rauchning ist die Deutschationale Volkspartei in Danzig aufgelöst. Dr. Biehm gibt in einem Schreiben folgendes bekannt:

Die politische Entwicklung in der Freien Stadt Danzig ist dahin gegangen, daß für eine fruchtbare politische Arbeit der Deutschnationalen Volkspartei keine Möglichkeit mehr besteht. Im Namen der bei den Wahlen von der Partei gestellten Führer der Liste der Deutschnationalen Volkspartei und der von dem Vertrauen der Partei getragenen politischen Führer erkläre ich daher im ausdrücklichen Einverständnis einer großen Zahl unserer politischen Freunde und im Einvernehmen mit unserer Regierung die Deutschationale Volkspartei für aufgelöst. Dr. Biehm dankt dann allen, die an der Arbeit der Partei für Volk und Staat teilgenommen haben. Die Deutschationale Volkspartei habe für die christliche und deutsche Kultur, für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung und für eine starke und gerechte Staatsgewalt immer ihre Kräfte eingesetzt. Die Erhaltung und Stärkung des deutschen Volkstums und die Frage national-deutsche Geistes in unserer national schwer gefährdeten Heimat habe sie immer als ihre besondere Aufgabe betrachtet. Ihr Verdienst werde in der Geschichte sicher eine gerechte Anerkennung finden. Das von ihr gehütete geistige Erbgut werde im deutschen Volk weiter wirken. Nach den Erklärungen der Regierung erwarte er, daß die in der Partei vorhandenen Kräfte auch bei den veränderten Verhältnissen dem Staat nutzbar gemacht würden.

Zum Schluß richtet Dr. Biehm an alle Parteifreunde die Aufrichtung, die nationalsozialistische Regierung in ihren schweren Aufgaben und in ihrer Arbeit für die Erhaltung unserer Heimat mit besten Kräften rücksichtlos zu unterstützen.

Präsident Rauchning nimmt in einem Schreiben den Auflösungsbeschluss der DNVP als ein erfreuliches Zeichen der fortschreitenden Gestaltung zur Volksgemeinschaft in Danzig mit Genugthuung zur Kenntnis. Er weist darauf hin, daß die frühere Zugehörigkeit zu der DNVP kein Grund zu irgend einer Benachteiligung, Zurückziehung oder Verdächtigung sein könne. Insbesondere gelte das für die Beamten- und Angestelltenhaft. Je mehr sich die geschlossene Einheit des deutschen Volkes auch in Danzig durchsetze, desto wirkamer werde sich dieser Grundsatz in der Praxis gestalten lassen, der die Grundlage für die Wiederherstellung des Berufsbeamtenstums bilde. Der Senat erwarte, daß nach der Auflösung der Deutschnationalen Volkspartei sich ähnlich wie bei der Eingliederung des Stahlhelms in die Bewegung der deutschen Wiedergeburt auch die bisherigen Mitglieder der deutschnationalen Volkspartei tätig anteilnehmend auf allen Gebieten der deutschen Bewegung zur Verfügung stellen werden und ist seinerseits bereit, jede Mitarbeit zu fördern.

Kurze Danziger Tageschronik.

Der stellvertretende Polizeipräsident Dr. Darßen hat bestimmt, daß die über den Führer der Danziger Sozialdemokratie, den Abg. Brill, verhängte Schlußhaft drei Monate dauern soll.

Am 23. September beginnt der große Bankvereinsprozeß, der voraussichtlich mehrere Monate dauern wird. Angeklagt ist der Direktor Grüne wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz, Untreue, Unterschlagung, Betrug, Konkursvergehens usw. Mit ihm wird der frühere Prokurist Orzel, der schon wegen verschiedener Vergehen verurteilt ist, auf der Anklagebank Platz nehmen.

Der Präsident des Senats Dr. Rauchning wird am 17. September die unter seiner Schirmherrschaft stehende erste Braune Messe in Danzig mit einer Ansprache eröffnen. Die Nachfrage nach Ständen ist so stark, daß die in Aussicht genommene Sporthalle nicht ausreicht und ein großer Wiesenplan neben der Sporthalle dazu gemietet werden mußte.

In Neuteich wird im Rahmen der Arbeitsbeschaffung die Volksschule aufgestockt und ausgebaut. Am Freitag beschloß die Stadtverordnetenversammlung die Aufnahme eines Darlehns zu diesem Zweck. Am Sonnabend wurden die Bauarbeiten vergeben und am Montag bereits wurde mit der Bauarbeit begonnen. Tempo! Die aus der Ernte freigewordenen Kräfte haben damit wieder Arbeit gefunden.

Der Wandel der Zeiten tut sich auch in den kleinen Erinnerungen des täglichen Lebens und. Im ehemaligen Haus der Freien Gewerkschaften, und zwar in den Räumen, in denen der Freidenkerverband sein Wesen getrieben hat, hat jetzt die Glaubensbewegung der Deutschen Christen eine Beratungsstelle für den Wiedereintritt in die evangelische Kirche eingerichtet. Sie soll vor allem solchen Personen dienen, die einst unter marxistischem Druck oder wenigstens Einfluß aus der Kirche ausgetreten waren und nun wieder eintreten möchten.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Volkstages hat die ihm überwiesene vorläufige Geschäftsordnung mit einigen Änderungen verabschiedet. Anträge auf Genehmigung von Strafverfolgungen von Abgeordneten können in Zukunft ohne Inanspruchnahme des Plenums vom Präsidenten direkt an den zuständigen Ausschuß überwiesen werden. Abgeordnete, die ohne Beurlaubung durch den Präsidenten freibleiben, schließen sich selbst für zehn Sitzungstage aus und verwirken für die Dauer des Ausschlusses das Recht auf freie Fahrt, Fahrtkostenentlastung und Aufwandsentschädigung.

Gömbös reist nach Sofia.

Wie in Budapest gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet, wird Ministerpräsident Gömbös seine schon wiederholt angekündigte Reise nach Sofia Anfang November antreten. Der bulgarische Ministerpräsident Muschanow ist darüber bereits unterrichtet und hat Pressevertretern erklärt, daß Gömbös in Sofia mit großer Herzlichkeit empfangen werden wird.

Stallienische Befestigungen

an der jugoslawischen Grenze.

Die in Belgrad erscheinende „Politika“ veröffentlicht Informationen über die letzten Manöver der italienischen Armeen sowie der Befestigungen, die durch die Behörden längs der jugoslawischen Grenze errichtet worden sind. Das Blatt behauptet, daß an den letzten Manövern 40 italienische Regimenter teilgenommen hätten, und daß die im Manövergelände liegenden Dörfer geräumt worden wären. Tausende von Arbeitern hätten an dem Bau von Wegen für die schwere Artillerie und bei der Errichtung von Geschützständen für die Batterien gearbeitet.

In der Gegend von Tarnovo und Idria haben die Italiener eine Reihe von Eisenbahnlinien mit Bahnhöfen und unterirdischen Elektrizitätswerken gebaut. Geplant ist ferner der Bau von Funkstationen und zahlreichen strategischen Wegen. Auf Grund einer Verordnung der italienischen Behörden wurden längs der jugoslawischen Grenze zahlreiche Kolonisten aus Kalabrien angesiedelt.

Ein Donauplan Beneschs.

Der tschechoslowakische Außenminister Benesch widmet sich in der konservativen englischen Sonntagszeitung „Observer“ der Lösung des Donau-Problems, also auch der österreichischen Frage. Von den drei Lösungs-Vorschlägen: Anschluß, Restaurierung der österreichisch-ungarischen Monarchie und wirtschaftliche Zusammenfügung der sämtlichen Donau-Staaten müssen seiner Ansicht nach die beiden ersten zu internationalen Komplikationen führen. Die dritte Form sei die einzige logische Lösung.

Der Zusammenschluß der Donaustaaten gründet sich auf die wirtschaftliche gegenseitige Abhängigkeit der Staaten voneinander und auf eine politische Zusammenarbeit mit dem Ziel der Befriedung Europas. Die Kleine Entente, Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien hätten bereits ihr politisches Statut. Man sei jetzt dabei, das wirtschaftliche Statut aufzustellen. Die naturgebende Abhängigkeit würde zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Ungarn und später vermutlich mit Österreich führen. Politische Fragen hätten für den Augenblick auszusuchen. Jede nationale Einheit, die Partner dieses Zentraleuropäischen Systems werden würde, müßte seine nationale Individualität und seine politische Unabhängigkeit behalten. Keine der internationalen Abmachungen dürfe aufgegeben werden. Nichts würde auf Kosten der einen Nation zugunsten der anderen geschehen.

Wenn die jetzt herrschende wirtschaftliche Abtrennung zwischen den einzelnen Staaten einmal aufgehoben sei, würden die kleinen zentraleuropäischen Staaten nicht mehr ein bloßes Pfand im politischen Spiel der Großmächte sein. Das Prinzip „divide et impera“ müßte aus der diplomatischen Phraseologie Zentraleuropas verschwinden.

Heute meldet der „Excelsior“ im Anschluß an den Artikel Benesch im „Observer“, daß Benesch einen Kompromißplan zwischen dem Tardien-Projekt und dem Mussolini-Projekt für die Neorganisation der Donaustaaten ausgearbeitet habe. Weil in den letzten Seiten schon eine genügende Annäherung zwischen Frankreich und Italien vollzogen worden sei, könne man sicher hoffen, daß der Benesch-Plan Erfolg haben werde. Benesch werde in den nächsten Tagen schon ihn bei seiner nahe bevorstehenden Zusammenkunft mit Mussolini vortragen.

Dollfuß treibt „Abwehrpolitik“.

In einer Bauernversammlung in Groß-Weikersdorf in Niederösterreich hielt der Bundespräsident Dr. Dollfuß eine Rede, in der er erklärte, die Regierung betreibe eine reine Abwehrpolitik.

Wir dulden keine Einmengung in unsere innerpolitischen Verhältnisse. Das ist die Bedingung, ohne die eine Verständigung mit uns nicht zustande kommen kann. Wir können ruhig sagen, daß wir fast die ganze Welt zu Freunden gewonnen haben. Wenn heute das kleine Österreich eine Anleihe von fast 800 Millionen Schilling erhält, dann müßte vergleichsweise das zehnmal größere Deutschland eine Anleihe von 3000 Millionen Schilling erhalten. Ich weiß nicht, ob das Vertrauen zu Deutschland so groß ist, daß es eine solche Anleihe bekommen könnte.“

Dr. Dollfuß fügte diesen seltsamen Worten eines österreichischen Regierungschefs allerdings hinzu: „Ich sage das nur deshalb, um uns Österreichern zum Bewußtsein zu bringen, daß wir im Ausland großes Vertrauen genießen.“

Dollfuß' angeblicher Gutlauf.

Die Wiener „Reichspost“ dementiert energisch die Mel dung, nach der Dr. Dollfuß sich in Jugoslawien ein Gut gekauft habe. „Die Bezüge des Reichskanzlers, sagt das Blatt, seien so bemessen, daß er sich vielleicht einmal ein Weinkindhäuschen, niemals ein Gut werde kaufen können. Als Sohn armer Bauern besitzt er keinen eigenen Grund und Boden.“

Südslawischer Abgeordneter aus dem Zuge gestürzt.

Die Leiche ausgeplündert.

Belgrad, 6. September. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nacht ist der Abgeordnete Kanditsch auf der Straße Belgrad — Niš aus dem Zuge gestürzt. Da sich der Unfall um Mitternacht ereignete, bemerkte man seine Abwesenheit im Abteil erst nach geraumer Zeit. Die Leiche des Abgeordneten wurde morgens in der Nähe von Niševac gefunden. Sie war unterdessen von Dieben ausgeplündert worden. Dem Abgeordneten fehlten die Brieftasche und die goldene Uhr.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeföhrt.

Bromberg, 7. September.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Ist der Henker ein „geistiger Arbeiter“?

Die Gerichte werden sich demnächst mit dieser interessanten Frage zu beschäftigen haben. Im Oktober v. J. ist der Henker Maciejewski wegen Trunkenheit aus dem Dienste entlassen worden. Bei seiner Entlassung erhielt er ein dreimonatiges Gehalt ausgezahlt. Wie dem „Kurj. Pozn.“ aus Warischau gemeldet wird, hat der Entlassene jetzt die Gerichtsbehörde verklagt, weil sie ihn nicht bei der Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter versichert hätte. Die Arbeit des Henkers sei zwar, so behauptet Maciejewski, eine physische, sie erfordere aber gewisse anatomische Kenntnisse, und er selbst habe Medizin studiert.

Auf die Entscheidung dieser nicht alltäglichen Frage darf man gespannt sein.

Der Leute wegen...

Ein Wort von Schein und Sein.

Die Eltern sitzen mit Kurchen im Gartenlokal. Kurchen benimmt sich leider so, wie es eben kleine ungezogene Jungen für richtig halten, nämlich gar nicht. Kurchen spielt Baukasten mit dem Kaffeegeschirr, Kurchen nimmt ein Stück Kuchen, heißt es an und legt es wieder fort. Kurchen läßt einen Teller als Rädchen über den Tisch laufen, bis er herunterfällt und zerbricht. Bis dahin hat Mama nur in bestimmten Abständen gefragt: „Kurchen, laß das!“ — „Du sollst das lassen!“ — „Kurchen, benimm dich!“ Als nun der Teller zerbrochen ist, wird Mama energisch und verfehlt dem Sprößling ein paar Klapsen. Aber Kurchen ist solche Behandlung nicht gewöhnt. Zu Hause kann er tun und lassen, was er will. Kurchen brüllt, daß der ganze Garten empört zuschaut. „Siehst du, Erna“, sagt Vater, „warum haust du den Jungen, laß ihn doch!“ „Du hast gut reden“, meint Mama, „es ist ja auch nur der Leute wegen. Was sollen die denn denken! Man muß den Jungen doch erziehen!“

Traurig, traurig allerdings, wenn ein Kind nur „der Leute wegen“ erzogen wird. Traurig überhaupt, wenn wir uns „der Leute wegen“ zu irgendwelchen Handlungen veranlaßt fühlen. Und leider ist das nur zu oft der Fall. Der Umwelt zuliebe nehmen wir im Leben oft eine Pose ein, die uns eigentlich gar nicht liegt. Wir geben uns würdig und gemessen, obgleich wir viel lieber aus der Fülle unseres Temperaments heraus mit der Faust auf den Tisch schlagen möchten oder unserer Freunde in einer dröhnenden Lachsalve Ausdruck geben.

Der Lebensstandard mancher Familie ist infolge der langen Notzeit wesentlich gesunken. Man kann sich dies und das und jenes nicht mehr leisten. Trotzdem wird nach außen hin — der Leute wegen — der Schein gewahrt. „Es braucht ja niemand zu wissen, wie sehr wir uns einschränken müssen!“ Es gibt Menschen, die freiwillig hunghern, nur um sich elegant kleiden zu können und auf diese Art zu beweisen, daß es ihnen gut geht.

Wir sollen den Mut zur Wahrheit haben. Wir sollen unsere Not ruhig eingestehen, wenn wir auch nicht nötig haben, sie übertrieben zur Schau zu stellen. Für uns selbst, aus unserem Trieb heraus sollen wir um eine ordentliche Lebensführung kämpfen, niemals aber „der Leute wegen“.

Im Verlaufe des Fluges rund um Polen werden, wie wir berichteten, die daran teilnehmenden Flugzeuge auch Bromberg überfliegen. Am Sonntag vormittag in der Zeit von 16 Uhr bis 11 Uhr werden die ca. 80 an dem Fluge teilnehmenden Apparate über dem hiesigen Flugplatz auf etwa 50 Meter heruntergehen und den Meldebeutel abwerfen.

Ein dreiter Raubüberfall wurde in den späten Abendstunden des Montags auf dem Wege von Goscieradz nach Trischin verübt. Der Landwirt Frau Görski aus Trischin weiste zur Erledigung einiger Angelegenheiten in Goscieradz und hatte, nachdem er kurze Zeit in dem dortigen Gasthaus verblieben war, mit seinem Fahrrade gegen 9 Uhr abends den Rückweg angetreten. Unterwegs wurde er von einem anderen Radfahrer überholt. Kurze Zeit darauf erhielt der Landwirt mit einem stumpfen Gegenstand einen so heftigen Schlag gegen das Gesicht, daß er zu Boden stürzte und die Besinnung verlor. Nachdem er einige Stunden später wieder zu sich gekommen war, mußte er feststellen, daß ihm der Bandit seine goldene Uhr im Wert von 800 Złoty geraubt hat. Durch den Schlag hat Görski den Bruch des Nasenbeins und eine Augenverletzung erlitten. Nur mit Mühe konnte er den Heimweg antreten und darauf der Polizei von dem Vorfall Meldung machen. Im Verlaufe der Untersuchung stellte sich heraus, daß Görski in dem Lokal unvorsichtigerweise seine Uhr gezeigt hatte und auch deren Wert angab. Dies mag den im gleichen Wirtshaus anwesenden Täter zu dem Überfall veranlaßt haben. Der Landwirt kontierte der Polizei eine genaue Beschreibung des im Gathause von Goscieradz angeblichen Täters machen, so daß bereits eine Verhaftung vorgenommen werden konnte. Ob es sich dabei um den Banditen handelt, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Nochmals: Vorsicht vor Falschgeld! Wie sehr man heutzutage bei der Entgegennahme von Geld darauf zu achten hat, daß man kein Falschgeld ausgeschändigt bekommt, wird wieder durch einen Fall unterstrichen, der sich in diesen Tagen ereignete. Es wurden nämlich vier Personen verhaftet, die in verschiedenen Geschäften ihre Einkäufe bezahlen wollten und dabei Falschgeld auf den Tisch legten, ohne zu wissen, daß es sich um solches handelte. In sämtlichen vier Fällen benachrichtigten die Geschäftsinhaber die Polizei, die sofort zur Festnahme der betreffenden Personen schritt. Wie sich später herausstellte, haben die Festgenommenen keinerlei Verbindung miteinander und sind keineswegs gewißlich mit der Verbreitung von Falschgeld beschäftigt. Sie werden aber trotzdem ein Strafverfahren wegen Innumausleistung von Falschgeld erhalten.

Als ein verwegener Einbruch stellt sich der bei einem hiesigen Arzt kürzlich gemeldete Diebstahl von 150 Złoty dar. Das Geld erbeutete der Täter nicht während der Kon-

sultation, wie zunächst berichtet wurde. Gegen 8.20 Uhr vor mittags hat der dreiste Täter mit Hilfe von Bleiplatten das Sicherheitsschloß der Wohnung geöffnet, sodann die Sicherheitskette aufgeschnitten, worauf er sich in das ihm wahrscheinlich von einer Konsultation bekannte Untersuchungszimmer begab. Er erbrach dort den Schreibtisch und stahl daraus 150 Złoty. Der Einbruch war in außerordentlich kurzer Zeit durchgeführt. Die Polizei ist mit der Aufklärung des verwegenen Tat beschäftigt.

Wegen Diebstahls und tödlicher Beamtenbeleidigung hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirkgerichts der 27jährige mehrmals vorbestrafte Arbeiter Szczepan Dziekan aus Crone zu verantworten. Am 9. November v. J. traf der Förster Franz Erdmann den Angeklagten beim Holzdiebstahl an. Der Aufforderung des Beamten, das gestohlene Holz vom Wagen zu laden, auf den es D. bereits verladen hatte, kam dieser sofort nach. Später, auf dem Nachhausewege, begegnete der Förster abermals dem Angeklagten mit dem gestohlenen Holz und jetzt kam es zu einem Wortwechsel zwischen beiden, wobei der Beamte plötzlich zwei Faustschläge ins Gesicht erhielt. D. wurde vom Gericht zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

In hessen gewußt hatte sich das 29jährige Dienstmädchen Maria Ostach, die von ihrer letzten Stelle ein Zeugnis erhalten hatte, mit dem sie nicht zufrieden war. In der Befürchtung, daß sie auf dieses Zeugnis hin schwer eine neue Anstellung finden werde, bat sie ihren Bekannten, den 42jährigen Lucjan Wolski, er möge ihr doch ein anderes Zeugnis aussstellen. Dieser erklärte sich auch sofort bereit dazu, stellte der D. ein glänzendes Zeugnis aus und unterschrieb es dann mit dem Namen der letzten Dienstherrschaft. Diese eigenmächtige Handlungsweise des W. wurde jedoch bald bekannt und nun hatten sich beide wegen Dokumentenfälschung vor der Strafkammer des hiesigen Bezirkgerichts zu verantworten, das sie infolge ihrer reumütigen Geständnisse zu zwei und drei Monaten Arrest mit dreijährigem Strafausschluß verurteilte.

Ein unehrlicher Beamter hatte sich vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Es ist dies der 32jährige Eduard Buciemiec, der früher beim Finanzamt beschäftigt war. Dem B. wirft die Anklageschrift vor, daß er 600 Złoty einkassierte Steuergelder veruntreut habe. Vor Gericht bekannte sich der Angeklagte nicht zur Schuld und verfehlt sich damit, daß ihm das Geld gestohlen worden sei. Das Gericht verurteilte den B. nach durchgeführter Verhandlung zu vier Monaten Arrest, gewährte ihm jedoch einen zweijährigen Strafausschluß.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

D. G. i. A. u. W. Heute, 20 Uhr, im Bismarcksaal Vortrag von Dr. Hans Siegfried Weber: Das Wirtschafts- und Sozialsystem des faschistischen. Eintrittskarten in der Buchhandlung E. Hecht und am Saaleingang. (6459)

Geselligkeitsverein. Sonnabend, den 9., abends 8 Uhr, Sitzung bei Wichter. Besprechungen über eine in Aussicht genommene Ausstellung. (6460)

Todesurteil gegen einen Gattenmörder.

Posen (Poznań), 6. September. Das hiesige Standgericht verurteilte den Kellner Franciszek Nóżewicz, der in der Nacht vom 16. zum 17. d. M. seine von ihm getrennt lebende Ehefrau Pelagia geb. Konarkowska in Krakow, wo sie am offenen Fenster schlief, durch einen Revolverschuß getötet hatte, zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Z Nowyrock, 7. September. Ein großer Einbruch in diebstahl wurde in der Nacht zum Dienstag in den Güterschuppen der Station Gopło bei Kruszwica verübt. Die Täter raubten dort Kisten mit Galanteriewaren, große Ballen Strümpfe und andere Sachen im Werte von ca. 2100 Złoty, welche die Diebe nach den hinterlassenen Spuren mit einem Automobil in unbekannter Richtung fortgeschafft haben. — In derselben Nacht wurde ein zweiter großer Diebstahl bei dem hiesigen Arzt Dr. Bantecki, ulica Marsa, Piłsudskiego 7, verübt, der sich mit seiner Frau augenblicklich in der Schweiz befindet. Die Einbrecher öffneten mit einem Dietrich die Korridortür, sprengten die Sicherheitskette und gelangten vom Salon in das Schlafzimmer, wo sie nur eine Sparbüchse mit Geld und einen Schrankenschlüssel mitnahmen. Darauf drangen sie weiter in das Schlafzimmer vor und stahlen dort einen Silberschüs, einen Herrenanzug, 1 Stück Wäschestoff von 35 Metern, 1 Brillantring, 1 goldene Kette, 1 Kollier mit Brillanten gefaßt und eine wertvolle Uhr, die auch mit Brillanten besetzt war. — In der letzten Nacht versuchten nun Einbrecher in das Delikatessengeschäft von Filipiniśi einzudringen, hatten auch schon das Schloß demontiert, sind aber wahrscheinlich bei ihrer Arbeit gestört worden.

Der letzte Vieh- und Pferdemarkt hatte sich trotz des um die Hauptgeschäftszeit einsetzenden Regens recht gut entwickelt. Es war viel Pferde- und Hornviehmaterial aufgetrieben. Hauptsächlich Arbeitspferde minderer Güte, die die kleinen Landwirte, nachdem sie ihre Landarbeit beendet haben, wieder verkaufen. Es wurden Preise dafür von 60 bis 120 Złoty erzielt. Bessere brachten bis 200 Złoty und Kutschpferde bis 400 Złoty. Kühe wurden mit 120 bis 200 Złoty gehandelt, ebenso Bullen, die in ganz besonders großer Anzahl vorhanden waren.

Posen (Poznań), 7. September. Einen Selbstmordversuch durch Trinken von Lysol unternahm aus unbekannter Ursache die in der fr. Prinzessinstraße wohnhafte Marie Smolarska. Sie wurde im hoffnungslosen Zustande ins Stadtkrankenhaus geschafft.

Als Obligationsschwindler festgenommen wurde der Landwirt Johann Juska aus der fr. Büttelstraße 14.

Ein heftiger Zusammenstoß erfolgte an der Ecke der fr. Großen Berlinerstraße und der fr. Helenenstraße zwischen einem LKW und der Straßenbahn. Beide Wagen wurden schwer beschädigt. — Auf St. Roch steht ein LKW mit einem ländlichen Fuhrwerk des Landwirts Anton Bożniak aus Duchowice, Kreis Schrimm, zusammen. Auch dabei wurden beide Wagen erheblich beschädigt.

Pudewitz (Bobiedziska), 5. September. Bei dem Landwirt Schwandt in Borówko hiesigen Kreises wurde in der vergangenen Nacht in die hintere Mauer des Stallgebäudes ein großes Loch geschlagen. Darauf stahlen die Täter 30 Hühner, 2 Hähne und 12 Enten.

Dem Landwirt Jagoda aus Alt-Górla hiesigen Kreises wurde gestern ein neues Fahrrad im Werte von 100 Zł., welches ohne Aufsicht war, gestohlen.

ph Schulz (Solec), 7. Sept. Der gestrige Wochenmarkt war gut besucht. Butter und Eier waren reichlich vorhanden. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1,40—1,50, Eier 1,10—1,20, Weißkäse 0,25, Kartoffeln 2,20 bis 2,50.

S Strelno (Strzelno), 6. September. Zwischen dem arbeitslosen Andrzej Chojnicki in Siedluchowo und seiner Ehefrau kam es zu dauernden Zwistigkeiten. Als erster am vergangenen Sonnabend wieder einen Streit begann, gab ihm seine Ehefrau Salzsäure ins Gesicht, wodurch er ernste Brandwunden erlitt.

Aleine Rundschau.

Auto übersägt fünf Hitler-Jungen.

Holzheim bei Neukirchen im Rheinland, 5. September. Am Montag abend gegen 21 Uhr überfuhr ein Personenkraftwagen fünf Hitlerjungen. Hierbei wurde der 16jährige Harry Goires getötet, ein anderer Hitlerjunge schwer und die drei anderen leicht verletzt. Der schwerverletzte Junge wurde dem Krankenhaus zugeführt. Der Getötete saß mit seinen vier Kameraden, denen er begeistert die Nürnberger Erlebnisse schilderte, auf dem Sockel des Kreuzes an der Wirtschaft „Zum Deutschen Eck“, im Ortsteil Löveling, als plötzlich ein Personenkraftwagen heranbrauste, die Kurve zu kurz nahm und sämtliche fünf Jungen überfuhr. Der Kraftwagenfahrer, der angeblich betrunken gewesen sein soll, wurde verhaftet.

Acht Tote bei einer Flugzeug-Katastrophe.

Moskau, 7. September. (PAT) Südlich der Stadt Podolsk ereignete sich eine Flugzeug-Katastrophe, bei der acht Personen ums Leben kamen. Die Insassen des Flugzeuges waren sämtlich sowjetrussische Beamte.

Riesige Waldbrände in England.

Im Süden Englands sind von anhaltender Hitze und Dürre begünstigte große Waldbrände entstanden, die sich mit riesiger Geschwindigkeit ausgedehnt haben. Das größte dieser Feuer wütet an der Grenze der Grafschaft Surrey Hampshire, wo eine viele Kilometer breite Feuerwand mit einer Geschwindigkeit von zwei Kilometer pro Stunde sich über die weite Grasfläche ausdehnt. Alle Truppen, die in dem Lager von Aldershot verfügbar waren, sind zur Bekämpfung des Feuers aufgeboten. 1200 Soldaten und die Bauernbevölkerung bekämpfen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln das Feuer. Trotz Gasmasken brachen zahlreiche Personen ohnmächtig zusammen und mußten in die Krankenhäuser gebracht werden. Die Flammen waren teilweise 10 bis 15 Meter hoch. Die Bekämpfung des Feuers wurde durch großen Wassermangel besonders erschwert.

Große Überschwemmung am Rio Grande.

New York, 6. September. (Eigene Drahtmeldung) Wie aus St. Antonio (Texas) gemeldet wird, berichtet ein aus Mexiko eingetroffenes Flugzeug, daß die Städte Brownsville, Harlingen und San Benito im Rio Grande-Tal völlig überschwemmt und von der Außenwelt abgeschnitten seien. Der Schaden sei sehr groß. Man befürchtet erhebliche Menschenverluste. Die Überschwemmung ist auf die Stauung des Flusswassers infolge eines Wirbelsturmes zurückzuführen.

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 9. September.

Deutschlandsender.

06.20: Konzert. 10.10: Schulfunk: Märchenstunde für die Grundschule. 12.05: Das Fest der deutschen Schule. 14.00: Schallplatten. 15.00: Kinderbastelstunde. 15.45: Politische Dialoge. 16.00: Konzert. 17.00: Sportwochenblatt. 17.20: Mit Vätern und Müttern ins Grüne. 18.20: Wochenendsalat. 19.00: Stunde der Nation. Von Langenberg: „Als der Großvater die Großmutter nahm“. 20.00: Kernspruch. Anschl.: Und der Deutschlandsender tanzt. 22.00: Nachrichten, Sport. 22.45: Gewitterbericht. 23.00—00.30: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Konzert. 10.10—10.40: Schulfunk. 11.30 ca.: Konzert. 13.00 und 14.05: Schallplatten. 15.15: Das Buch des Tages. 15.35: Die Umwelt. 16.10: Unterhaltungskonzert. 17.40: Das ewige Lied. 19.00: Siecle Deutschlandsender. 20.00: Karottenspieler. 21.10: Wunschkonzert.

Königsberg-Danzia.

06.20—08.00: Frühkonzert. 10.10: Danzig eine deutsche Stadt. 11.30: Konzert. 13.05—14.30: Schallplatten. 16.00: Unterhaltungskonzert. 17.35: Das politische Buch. 18.25: Bühnenkonzert. 19.00: Stunde der Nation. Von Langenberg: „Als der Großvater die Großmutter nahm“. 20.10: O alte Burischenherlichkeit. 21.00: Federreiten von Oskar Standige. Musik von Franz Hasenöhrl. 21.00: Bunte Stunde. 22.00: Nachrichten, Sport. Anschl. bis 00.30: Von Berlin: Bunter Abend.

Leipzig.

06.20: Konzert. 10.10—10.40: Schulfunk. 12.00: Konzert. 13.15: Konzert. 14.45: Kinderstunde. 15.35: Funfschach. 16.00: Konzert. 17.30: Mußberatung. 17.40: Stunde mit Büchern. 18.20: Gegenwartsexikon. 18.30: Aus deutschen Gauen (Schallplatten). 18.50: Kurzbericht vom Tage. 19.00: Stunde der Nation. Von Langenberg: „Als der Großvater die Großmutter nahm“. 20.00: „Die schöne Galathée“. Komische Oper in einem Akt von Suppé. 21.10: Funkballet. 22.15: Nachrichtendienst. Anschl. bis 24.00: Tanz und Unterhaltung.

Warschau.

12.05, 14.55 und 15.35: Schallplatten. 16.30: Liederstunde (Alt). 17.15: Leichte Muß. 18.35: Lieder. 19.05: Schallplatten. 19.40: Vorlesung: Die Nachtmagie und die Rose, von Oscar Wibe. 20.00: Leichte Muß und Gefang. 21.30: Polnische Muß. 22.00: Tanzmusik. 22.40: Tanzmusik.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 7. September 1933.

Krakau + 0,78, Jawichowitz + 2,35, Warischau + 0,92, Bock + 0,60, Thorn + 0,61, Gordan + 0,64, Culm + 0,58, Graudenz + 0,79, Kurzgrätz + 0,95, Bielitz + 0,21, Dirichau + 0,13, Linz + 2,56, Schlewenhorst + 2,78.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Sypkiewicz; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. o. p. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfre

Die am 7. September d. J. stattgefundenen
Vermählungen geben hiermit bekannt

Ernst Müller
und Frau Erika geb. Strelow

Bromberg, im September 1933.

Landwirtschaftliche 812
Buchführungs-
Kurse.
G. Vorreau,
Marzalka Joch 10.

Erfolgr. Unterricht
i. Englisch u. Französisch
erteilen L. u. A. Turbach,
Cieszkowskiego 24, I. lts.
(früh. 11). Französisch-
englische Übersetzung.
Langjähr. Aufenth. in
England u. Frankreich.

Am 5. September verschied nach langem schweren Leiden
mein innigstgeliebter Mann, unser guter Pa und einziger
Bruder, der

frühere Landwirt

Emil Girod

im 68. Lebensjahr.

Dies zeigt schmerzerfüllt an

Im Namen der Hinterbliebenen
Magda Girod

Bydgoszcz, den 7. September 1933.

Die Beisetzung findet auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt.
Beileidsbesuche dankend verbeten.

Ausbesserin
sucht Beschäftigung.
Gefl. Angeb., u. B. 3187
a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Moschin-Stricker
Sämtliche Strickarbeit.
Jäten, Pullover, Unter-
röcke werden aus reiner
Wolle billig ausge-
führt. Druga 40, B. 5.

Heirat

Fräulein, über 30 J.,
lat. Besitzerin ein. Kol-
onialgeschäft. Geschäft
m. Wohnung, sucht einen
Herrn zwecks

baldiger Heirat
lernen zu lernen. Off. u.
B. 3185 a. d. Gesch. d. Zeitg.

Landwirt
evgl., 30 J. alt, Besitzer
einer 95 Morgen großen
Landwirtschaft, sucht
Landwirtstochter

zw. Heirat
lernen zu lernen. Ber-
mögen v. 16000 zt. auf-
wärts erwünscht. Off. u.
B. 6433 a. d. Gesch. d. Zeitg.

Selbstständig. Handwerker
evgl., 26 Jahre alt, sucht
vermögende Dame

zw. Heirat
lernen zu lernen. Ge-
naue Vermögensang.
mit Bild unter B. 6433
an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Bitmer, 56 J. alt, mit
70 Morgen Landwirtschaft,
wünscht vermögt. Dame
in 40er J. zwecks Heirat
lernen zu lernen. Off. u.
B. 3183 a. d. Gesch. d. Zeitg.

Selbstständig. Handwerker
evgl., 26 Jahre alt, sucht
vermögende Dame

zw. Heirat
lernen zu lernen. Ge-
naue Vermögensang.
mit Bild unter B. 6433
an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Gustav Knodel,
Tischlermeister
Chelmza.

Suche gebild. evang.
Dame 35-45 alt, vollkom-
men, verh. m. Landwirt.
a. 15. 9. oder 1. 10. 33
a. m. Unterstützung. Off.
m. begl. Zeugnisabschrift.
Lebenslauf. Gehalts-
anspr. unter B. 6373
an die Gesch. d. Zeitg.

Geldmarkt

20-25 000 zt
suche auf mein in bester
Lage im Zentrum ge-
leg. Geschäftsrundst. in
Bydgoszcz. Jinen nach
Vereinbarung, bei prompt.
Zahlung. Off. u. B. 3120
a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Wirtschafts-
Fräulein

für größere Landhaus-
halt, gut empfohlen,
perfekt und selbstständig
im Kochen, Baden,
Schlachten, Einweden,
Buttern. Geflügelzucht
sofort gesucht. Lebens-
lauf. Zeugnisabschrift,
Bild, Gehaltsordnung
einfordern.

Stubenmädchen

das Schneiderin und
Wäschebehandlung gut
versteht, plättet und
sauber Zimmer auf-
zurichten kann, zu joi. ge-
sucht. Zeugnisabschrift,
Bild, Gehaltsordnung
an die Gesch. d. Zeitg.

Besitzersohn

19 Jahre alt, 1½ Jahre
Praxis, deutsch-polnisch
sprach, versetzt in Buch-
führung, Schreibmasch.
Kurschrift, sucht zum

1. Okt. Durchschl.

Gitarre.

energischer Herr

zur Ausgabe von Kar-
toffelzähl. Nur schrift-
liche Angebote mit An-
gabe von Referenz. an

Mal. Paulina,
počata Rotomierz, pow.
Bydgoszcz.

Badzewo, pt. Melno.

Chojnice.

Choj

Bromberg, Freitag den 8. September 1933.

Pommerellen.

7. September.

„Bij niemca!“

„Schlägt den Deutschen!“

In einer der letzten Nächte haben unbekannte Täter an verschiedenen Stellen der Stadt Bromberg den Bürgersteig bzw. die Wände mit „Bij niemca“ beschmiert. Diesmal hat man nicht Tinte, sondern eine Kalklösung dazu verwandt.

Graudenz (Grudziądz).

Eine berechtigte Klage

in unserer Stadt richtet sich gegen den dem Schornstein des Elektrizitätswerks (und auch vielleicht der Gasanstalt?) öfters entströmenden Kohlenstaub. Unter dieser Plage haben die Anwohner der den städtischen Werken benachbarten Straßen, ja selbst auch aus weiter entfernten Stadtteilen empfindlich zu leiden. So dringt der Rauchniederschlag selbst durch offene Fenster von Häusern, die z. B. im oberen Teile der Pohlmannstraße (Mickiewicza) gelegen sind. Das scharfe, körnige Überbleibsel der Feuerung des Elektrizitätswerks ist für die betroffenen Bürger nicht nur in bezug auf die dadurch arg mitgenommene Sauberkeit der Wohnungen und deren Inventar höchst lästig, sondern auch in hygienischer Beziehung schädlich. In welch erheblichem Maße der Kohlenstaub auftreten, das kann man besonders des öfteren in der Börgenstraße (Sienkiewicza) beobachten, wo der hässliche Abfall die Straße dicht beschützt. Der Übelstand ist somit derartig, daß dringend Abhilfe geschaffen werden muß. Und eine solche wäre nach Ansicht von Leuten, die hierin urteilsfähig sind, leicht zu erzielen. Die Ursache der hier besprochenen Plage soll nämlich die von dem Elektrizitätswerk ausgeführte Verseuerung von Kohlenstaub bilden. Aus Sparmaßnahmen geschieht das. Sparsamkeit ist gewiß an sich ein lobenswertes Tun. Aber hier, wo es um die Sauberkeit der Straßen und Wohnungen, und vor allem um die Gesundheit von Mitbürgern geht, kann man eine solche Ersparniszielung nie und nimmer billigen. Möge man also anstatt des Kohlenstaubes gutes, brauchbares Kohlematerial zur Feuerung benutzen, und dem Übelstande abgeholfen sein.

Es darf nämlich nicht vergessen werden, daß die städtischen Werke sich mitten in der Stadt befinden. Was anderes wäre es, wenn sie, wie in manchen Orten, erheblich weit außerhalb des Weichbildes gelegen wären. Das arge Kapitel der Fußplage und ihrer bösen Folgen hat zwar schon öfters die Gemüter bewegt. Aber so schlimm, wie gerade in letzter Zeit, war der Übelstand lange nicht mehr. Jedenfalls kann der darunter leidende erhebliche Teil der Bewohnerschaft von der Verwaltung der städtischen Werke die endgültige Befreitung des schädlichen Mangels erwarten.

× Registrierung der Autos. Die hiesige Burgstaroste gibt bekannt: Die Kommission für die Registrierung der mechanischen Gefährt wird in Thorn am 9. und 23. September tätig sein. Besitzer von Gefährt, die registriert werden sollen, müssen ihre Gesuche wenigstens acht Tage vor dem Termin einreichen; das betrifft auch die Kandidaten für die Chauffeurprüfung. Bei der Registrierung müssen die Besitzer die Gebühr für den staatlichen Wegebaufonds entrichten, und zwar für die privaten Kraftwagen bis Ende des begonnenen Quartals, und für die öffentlichen Kraftwagen bis Ende des begonnenen Monats, wobei ein kürzerer Abschnitt als ein Monat für einen vollen Monat gerechnet wird. Die Besitzer der nach dem 1. April 1933 zurückgezogenen, aber zur Zeit zur Registrierung gestellten Gefährt haben den Beweis beizubringen über die Bezahlung des Wegebaufonds für die Zeit vom 1. 4. 33 bis zum Schlusse des Monats, in dem der Kraftwagen aus dem Verkehr gezogen worden ist. Dieser Nachweis muß durch die zuständige Bemessungsbehörde bestätigt sein.

× Über die Prüfungsgebühr bei Meister- und Gesellenexamen gibt die Handwerkskammer in ihrem Organ folgendes bekannt: Es kommt des öfteren vor, daß Vorsitzende von Prüfungskommissionen von den Meister- oder Gesellenexamenkandidaten außer der Prüfungstage noch eine sog. Administrations- oder sonstige Gebühr verlangen. Das ist durchaus unzulässig. Alle solche zusätzlichen Gebühren sind somit widerrechtlich und stehen im Widerspruch mit den Prüfungsregulativen. Die Handwerkskammer wird, falls sich in Zukunft derartige Fälle von Erhebung der erwähnten vorschriftswidrigen Gebühren wiederholen sollten, gegen die betreffenden Kommissionsvorsitzenden die im Kammerstatut vorgesehenen Maßnahmen treffen.

× In Sachen der Steuermisbräuche der PepeG wird mitgeteilt: Bezirksrichter Salzberg aus Warschau, der s. St. mit der Durchführung der Untersuchung in dieser Angelegenheit betraut worden war, hat nach länger als zweijähriger Tätigkeit jetzt die Prüfung des Materials beendet und die Akten der Staatsanwaltschaft beim Appellationsgericht in Thorn überwiesen. Das Altematerial umfaßt in Anbetracht des außerordentlich umfangreichen und verzweigten Untersuchungsgegenstandes nicht weniger als 45 Bände. Die Strafsache der wegen Steuerhinterziehung in den Anklagezustand versetzten Direktoren der Gummitfabrik Halperin und Bielousz, wird vor der Finanzstrafkammer in Graudenz verhandelt werden. Es wird dies einer der größten, jemals in Polen zu verzeichnen gewesenen Steuermisbrauchsprozesse sein.

× Aufgehendene Leiche. Dienstag abend gegen 11 Uhr wurde die Leiche des, wie gemeldet, auf so tragische Weise freiwillig aus dem Leben geschiedenen Finanzrats a. D. Oppel in die Halle des hiesigen Krankenhauses eingeliefert. Die Leiche war bei Münsterwalde (Opalenie) aus der Weichsel gelandet worden.

× Ins hiesige Krankenhaus eingeliefert wurde am Dienstag in einem 57jährigen Mann namens Franciszek Szwarcz aus Gr. Wols (W. Welca), Kreis Graudenz. Ihm ist in der Marienwerderstraße (Wybickiego) das Misgeschick zugestossen, von einem Ziegelstein, der von dem

Dache eines dortigen Hauses herabfiel, getroffen zu werden.

× Fahrraddiebstahl. Dem Kaufmann Franciszek Wolski hier selbst wurde sein Fahrrad, das er vor einem Geschäftsladen auf dem Getreidemarkt (Plac 28 Szczecina) hingelegt hatte, entwendet.

× Abgeholt werden kann vom 1. Polizeikommissariat ein dort als gefunden abgegebener Trauring. Der Ring ist mit „M. W. 1888“ gezeichnet.

Thorn (Toruń).

v Der Wasserstand der Weichsel erfuhr gegen den Vor- tag eine weitere Abnahme um 8 Centimeter und betrug Mittwoch früh bei Thorn 0,65 Meter über Normal. — Die Passagierdampfer „Halka“, „Bajka“ und „Witez“ passierten die Stadt auf der Fahrt von Warsaw nach Dirschau bzw. Danzig, „Goniec“ und „Fredro“ in umgekehrter Richtung.

≠ Apotheken-Nachtdienst von Donnerstag, 7. September, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 14. September, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 10. September, hat die Central-Apotheke (Apteka Centralna), Culmerstraße (ul. Chełmińska) 6, Fernsprecher 189.

* Das Finanzamt (Urząd Skarbowy) versendet bereits dieser Tage Mahnzetettel betr. Zahlung der staatlichen Gebäudesteuer für das 2. Quartal 1933 und der Lokalsteuer für das 3. Quartal 1933, obwohl diese beiden Steuern bis zum 14. September keine Bins berechnung zahlbar sind. Für die Mahnung wird eine Gebühr von 1,50 zł. in Rechnung gebracht! — Die mit solchen Mahnungen „beglückten“ Steuerzahler sind der u. G. richtigen Ansicht, daß eine Mahnung erst dann erfolgen dürfe, wenn der Zahlungsstermin verstrichen sei. Aus diesem Grunde nehmen sie auch an, daß das Gericht ihnen Recht geben wird, wenn sie die Mahngebühr jetzt nicht bezahlen.

v Seitens der Händler wird lebhaft darüber Klage geführt, daß Händler auf den Wochenmärkten bereits vom frühen Morgen an Waren aufzukaufen, um sie dann, wie es in den meisten Fällen geschieht, an anderen Stellen des Marktes zu erheblich höheren Preisen weiter zu veräußern. Da nach der noch immer verpflichtenden Marktordnung den Händlern der Aufkauf von Waren erst nach 10 Uhr erlaubt ist, so sollte die Marktpolizei diesen preistreibenden Zwischenhändlern energisch zu Leibe rücken.

v Gegen einen anonymen Briefschreiber aus Podgorz, der einen in Stowen (Stanow) wohnhaften Bürger zur Absendung von 150 złoty, die er postlagernd beim Postamt in Thorn abheben wollte, aufforderte, leitete die Polizei eine Untersuchung ein. Der Urheber des anonymen Briefes wurde ermittelt und festgenommen.

v Selbstmord eines Offiziers. In der Nacht zum Sonntag verübte ein aktiver Offizier des 63. Infanterie-Regiments Selbstmord durch Erschießen. Der Lebensmüde beging die Tat in einem Dorf bei Strasburg, wo das genannte Regiment augenblicklich zum Manöver weilt. Als Beweggrund wird Nervenrüttlung angegeben.

v Mit Möbeln beladenes Lastauto umgestürzt. Sonnabend nachmittag stürzte beim Passieren der Schlachthausstraße (ul. Przy Rzeźnii) infolge eines Reifendefekts das von dem Chauffeur Jan Solonow aus Thorn gesteuerte, mit Möbeln beladene Lastauto um, wobei ein Teil der transportierten Möbel beschädigt wurde. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

v Aufgelöster Diebstahl. Aus dem Wartezimmer des Arztes Dr. Swinarski, wohnhaft Breitestraße (Szeroka) Nr. 37, wurden, wie wir bereits berichteten, am 29. v. M. zwei Sessel sowie ein Spiegel mit Konsole von einer „Patientin“ abtransportiert. Die von der Polizei angestellten Ermittlungen führen jetzt auf die Spur der Diebin. Es ist dies eine Bronislawa Bogacka, die die gestohlenen Sachen in ihrer Wohnung, Leibnitzerstraße (Lubicka) 38, aufbewahrte. Der Geschädigte erhielt sein Eigentum zurück.

v Aufgelöste Diebstähle. Unter dem Verdacht, am 25. v. M. im Hause ul. Wodna 9 aus der Wohnung eines

Fr. Kozakiewicz ca. 1000 złoty Bargeld gestohlen zu haben, verhaftete die Polizei die in der ul. Bartosza Głowackiego 10 wohnhaften Jadwiga Owezarczak und Boja Jankowska. Die Verhafteten bekannten sich im Laufe der Untersuchung zu der ihnen vorgeworfenen Tat. Von dem gestohlenen Gelde hatten sie nur einen geringen Teil ausgeben können, da der im Keller des Hauses versteckte Restbetrag von 938 złoty von der Polizei aufgefunden wurde. — Gleichfalls seine Aufklärung gefunden hat der am 27. v. M. in das fr. Schankhaus an der Eisenbahnhütte begangene Einbruchdiebstahl, bei dem den Tätern vier Flaschen Wein, vier Flaschen Likör, zehn Tafeln Schokolade, Zigaretten sowie andere Lebensormittel in die Hände fielen. In diesem Falle wurden als Täter ermittelt: Stefan Klimkiewicz und Franciszek Kowalkowski, die ihre Beute in der Wohnung einer Rozalia Borowicka, wohnhaft Schillerstraße (Szczepańska) versteckt, wo sie aufgefunden wurde.

+ Die letzten Polizeiberichte führen auf: einen verüchten Einbruchdiebstahl, acht gewöhnliche Diebstähle, von denen fünf inzwischen aufgeklärt sind, eine Hohlerei, zwei Unterschlagungen und eine Sachbeschädigung, ferner 22 Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, drei Zuwiderhandlungen gegen handelsadministrative Bestimmungen, zwei sitzenpolizeiliche Verstöße, eine Beleidigung, einen Fall gefährlicher Bedrohung und die Verlustanzeige der Rentenquitting Nr. 1769 auf den Namen Adam Błaszkiewicz von hier. — Gestern vormittag wurden eine Person wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn bzw. zwei Personen wegen Betriebe und eine wegen Erpressung und Betrug. In Polizeiarrest genommen wurden eine eines Manteldiebstahls und drei des Kohlendiebstahls verdächtige Personen, fünf Personen wegen Hohlerei und eine wegen Ausschöpfung eines halbjährigen Kindes. Neben einem Betrunkenen wurde noch eine Person wegen Ausschreitungen und Schlägerei zur Wache gebracht, später aber gleichfalls wieder entlassen.

+ Aus dem Landkreise Thorn, 6. September. Zwei unbekannte Männer überfielen in der Nacht zum Sonntag den im Obstgarten der Witwe Nowińska in Nendorf stehenden Obstwächter Michał Jezierski. Sie raubten ihm die silberne Taschenuhr, ein Messer, eine Börse mit 5,85 złoty Inhalt, ein Beutelchen mit 4 złoty Inhalt und ein halbes Kilogramm Brot im Gesamtwert von etwa 44 złoty.

v Briezen (Wąbrzeźno), 6. September. Von unverantwortlichen Nowids mit Steinen beworfen wurde der zwischen Strasburg und hier verkehrende Autobus in der Nähe von Bahrendorf. Hierbei wurden mehrere Scheiben zertrümmert und ein Passagier leicht verletzt.

Am 17. d. M. um 4 Uhr nachm. verpachtet die Gemeinde Nienau im Gasthouse Muzyński daselbst ihre 272 Hektar umfassende Gemeinde jagd. Nähere Bedingungen liegen beim Jagdvorsteher aus.

d. Gdingen (Gdynia), 6. September. Zwei Unfälle ereigneten sich gestern wieder im Hafen. Beim Ausladen eines Dampfers erlitt der Arbeiter Konkol durch eigene Unvorsichtigkeit einen doppelten Beinbruch und gefährliche innere Verletzungen. In bewußtem Zustande brachte man den Schwerverletzten ins Krankenhaus. — Beim Verladen von Holz wurde der Arbeiter Josef Klein schwer verletzt. Er erlitt eine schwere Quetschung beider Beine oberhalb der Knie.

Feuer entstand aus bisher unbekannter Ursache im Wohnhause des W. Mazurkiewicz, wo in einer Wohnung der Fußboden in Brand geraten war. Das Feuer konnte gelöscht werden, bevor die Feuerwehr erschien. Der Sachschaden beträgt etwa 200 złoty.

Einen Einbruch verübten bisher unermittelte Diebe am hellen Tage in der Wohnung des Anton Klein in der Danzigerstraße. Mittels Dietrichs drangen die Täter in das

Graudenz.

Klavierunterricht

nach bewährter Methode erteilt 6141
Agathe Prinz, Musikklehrerin, Ogródowa 15.

Musik-Unterricht
erteilt 4633
Karl-Julius Meissner,
Mickiewicza 29.

Kirch. Nachrichten.

Sonntag, den 10. Sept. 1933

13. Sonntag u. Trinitatis.

* Bedeutet anschließende

Abendmahlfeier.

Allstädt. Kirche, Borm.

10½ Uhr Gottesdienst, Fr.

Dr. Heuer, nachm. 2 Uhr

Ausflug des Kindergottesdienstes n. Rudat — früh.

Goth. Wendland.

St. Georgen-Kirche,

Borm. 9 Uhr Gottesdienst,

Pf. Dr. Heuer.

Eggl. — Luther. Kirche,

Bachett. (Strumianowa) 8

Borm. 10 Uhr Predigt,

gottesdienst*, P. Brauner.

Bogd. Borm. 1 Uhr

Gottesdienst, nachm. 3 Uhr

Kindergottesdienst, (Sommerzeit)

Sup. Herrmann.

Goth. Borm. 8½ Uhr

Gottesdienst, Pf. Steffani.

Sulten. Borm. 11 Uhr

Gottesdienst, Pf. Steffani.

Culmee. Borm. 1½ Uhr

Kindergottesdienst, 10 Uhr

Gottesdienst. Die kirchlichen

Wählerlisten von Culmee

und Seglen liegen zur

Einheit aus!

Großböhendorf. Borm.

8 Uhr Gottesdienst, in Guttaw.

10 Uhr Hauptgottesdienst,

11½, Uhr Kindergottesdienst.

Anna Gebarska,

Król. Jadwiga 5. 6384

6369

Billig!

Schulmühlen

offert Carl Aling,

Chelmńska 303a.

52. 6065

Lesegottesdienst.

Damerau. Nachm. 3 Uhr

Gottesdienst.

Kentschan. Borm. 10 U.

Gottesdienst, dan. Kinder-

gottesdienst.

Hohenbauern. Nachm.

1½ Uhr Gottesdienst, ansch.

Untergottesdienst.

Für Konzerte Gesellschaften u. Tanz

empfiehlt sich 4304

1/10 Uhr Gottesdienst,

Kindergottesdienst, Jung-</

Innere der Wohnung ein und stahlen hier Wäsche, Gardeobe, eine Taschenuhr und anderes im Gesamtwerte von etwa 420 Zloty.

Infolge hohen Gasdruckes explodierte eine Bisterne in der Ölsmühle im Hafen, wodurch eine große Feuergefahr entstand. Die sofort herbeigeilte Hafenfeuerwehr konnte die Gefahr bald beseitigen. Der entstandene Sachschaden ist nicht bedeutend.

tz Konitz (Chojnice), 6. September. Für die Förderung des Segelsports in Pommerellen erhielt der Konitzer Seglerklub auf der Wassersportausstellung in Warschau ein Ehrendiplom.

Der heutige Wochenmarkt war gut besucht. Butter brachte 1,60—1,70, Eier 1,30—1,40. Ferkel kosteten 25—30 Zl. h Löbau (Lubawa), 6. September. Vor dem hiesigen Kreisgericht hatte sich eine Diebesbande zu verantworten. Auf der Anklagebank saßen Anton Chojnacki, Vater und Sohn, ferner Marie Chojnacka (Tochter), Boleslaw Rybinski, M. Kozłowski und Josef Močadlo. Wie aus der Anklageschrift hervorging, hatte die Bande im Juni d. J. dem Besitzer Drzechowski in Weru acht Ferkel und neun Hennen gestohlen. Die Ferkel hatten sie in Soldau auf dem Wochenmarkt verkauft. Das Gericht fällte folgendes Urteil: Anton Chojnacki (Sohn) 9 Monate Gefängnis mit fünfjähriger Bewährungsfrist, Rybinski zu 2 Jahren Gefängnis, Kozłowski ein Jahr Gefängnis, Močadlo 9 Monate Gefängnis. Anton Chojnacki (Vater) und M. Chojnacka wurden freigesprochen.

Recht übel erging es in den letzten Tagen dem in Słotowa sich niederlassenden Geschäftsmann Perlmutter. Ihm wurden mehrmals die Scheiben eingeschlagen und das Haus mit einer schwarzen Flüssigkeit beschmiert. Eines Abends drangen mehrere Burschen in den Laden ein, löschten das Licht aus und schlugen Tumult. Gegenstände wurden umgeworfen und P. geschlagen. Am nächsten Abend erschienen dort, als die Burschen ihr Treiben wiederholen wollten, drei Polizisten und sorgten für Ruhe und Ordnung.

Dem Bandwirt Drzechowski in Marzecice wurde nachts die auf der Bleiche ausgelegte Wäsche im Werte von 100 Zloty gestohlen. Die Diebe sind noch nicht ermittelt.

a. Schwerin (Świecie), 6. September. Der letzte Vieh- und Pferdemarkt war sehr reichlich besucht, auch war unter dem aufgetriebenen Vieh einiges recht gutes Material vorhanden, doch fehlte es, obgleich die Preise sehr niedrig waren, an Käufern. Es war schon für 100—250 Zloty eine Kuh und für 90—300 Zloty ein Pferd zu haben.

a. Schwerin (Świecie), 6. September. Auf dem hiesigen Standesamt wurden in der Zeit vom 1.—31. August 22 Anmeldungen registriert und zwar: 10 Geburten (6 Mädchen, 4 Knaben), 5 Eheschließungen und 7 Todestfälle.

Einen bedauerlichen Unglücksfall erlitt der 19-jährige Arbeiter Edmund Filip in Poln. Stolno. Derselbe fuhr auf der Thaussee auf dem Fahrrad und wurde von einem vorüberfahrenden Militärautobus überfahren, wobei ihm die Brust zerquetscht und 2 Rippen gebrochen wurden.

bündeten gestanden haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind.

Nach einer kurzen Unterbrechung trat die Synode dann in die Abstimmung über die beiden entscheidenden Gesetzesentwürfe ein. Unter starker Spannung der Versammlung gab Präses D. Koch im Namen der Gruppe „Evangelium und Kirche“ eine Erklärung ab. Seine Gruppe sei zu der Generalsynode gekommen in der Hoffnung, daß ein endgültiger Schlussstrich unter die Ereignisse der letzten Monate gezogen und eine brüderliche Zusammenarbeit gewährleistet werde.

In dieser Hoffnung sei man enttäuscht worden.

Bei wichtigen Wahlen habe man die Grundsätze der Verhältniswahl nicht angewandt. Erst am Vorabend der Synode sei seiner Gruppe der Gesetzesentwurf über die Bistümer mitgeteilt worden, der in dem Aufbau der Altpreußischen Landeskirche entscheidend eingreife. Auch bei der Abschlußfassung über das Beamtenrecht, das die Grundsätze des staatlichen Beamtenrechts auf die Kirche übertrage, entstehe die Frage, ob hier nicht der 3. Artikel des Glaubensbekennnisses verletzt werde.

Nach dieser Erklärung verließ die Gruppe „Evangelium und Kirche“ geschlossen den Saal.

Die Gesetzesentwürfe wurden mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit angenommen.

Im weiteren Verlauf ihrer Beratungen übertrug die Generalsynode ihre Befugnisse dem Kirchensenat und ermächtigte ihn, auch verfassungsgänzende Gesetze zu erlassen sowie den Haushaltspunkt für das kommende Jahr festzulegen. Damit blieb die entscheidende Führung der Altpreußischen Landeskirche bei dem Kirchensenat. Angenommen wurde ferner ein von der Brandenburgischen Provinzial-Synode eingebrachter Antrag, der die

Gleichschaltung der kirchlichen Behörden

entsprechend dem Ausfall der Kirchenmahlen fordert und eine Bezeichnung der Stellen zu 75 Prozent mit Deutschen Christen verlangt.

Nach Annahme des Bischofs-Gesetzes richtete Pfarrer Eckert namens der Deutschen Christen an den Kirchensenat die Bitte, dem Schöpfer dieses Gesetzes, Pfarrer Hossfelder, den Dank dadurch zu bezingen, daß er ihn zum Bischof von Brandenburg berufe. Diese Anregung wurde von den Deutschen Christen mit stürmischen Heilsrufen begleitet. Bei den Wahlen zur Nationalsynode erklärte der Sprecher der Deutschen Christen, Pfarrer Eckert, daß nunmehr alle Sitze von den Deutschen Christen besetzt werden würden, nachdem die Gruppe „Evangelium und Kirche“ die Verhandlungen verlassen hatte.

Die Nachsitzung.

Mit einer kurzen Nachsitzung, die aus verfassungsrechtlichen Gründen wegen der zweiten Lesung der entscheidenden Gesetze stattfinden mußte, hat die Tagung der Generalsynode ihren Abschluß gefunden. Die Gruppe „Evangelium und Kirche“, die bereits während der ersten Sitzung geschlossen die Verhandlungen verlassen hatte, war auch zu der Nachsitzung nicht erschienen.

Ohne Aussprache wurde das Gesetz zur Schaffung des Bischofsamtes und zur Errichtung der Bistümer einstimmig angenommen. Das Beamtenrecht, mit dem die Bestimmungen des Berufsbeamtenrechtes auf die Kirche übertragen werden, wurde gegen die Stimmen der Generalsuperintendenten mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen. Einstimmige Annahme fand das Gesetz, durch das die Generalsynode dem Kirchensenat weitgehende Vollmachten erteilt. Ferner wurde ein Gesetz über die Neubildung der kirchlichen Körperschaften im Saargebiet verabschiedet.

Am Schluß der Synode hielt Landesbischof Müller eine Rede, in der er der deutschen evangelischen Brüder jenseits der Grenzen gedachte. Er berührte das Schicksal des Memellandes, das in einem schweren Kampf stehe. Ferner lenkte er die Gedanken hin zu den Glaubensbrüdern in Schlesien und Danzig und gab die Versicherung ab, daß die Heimatkirche treu zu ihnen stehe und sie in ihrem Kampf um Glauben und Volkstum unterstützen. Ein besonderes Wort widmete der Landesbischof den Brüdern in Russland.

Nach einer Schriftverlesung durch Präses D. Schäfer-Niemehd erklärte Präsident D. Werner die Generalsynode für geschlossen.

Wir hielten vor einem unscheinbaren Wasserturm. Was ist an dem zu sehen? Daß er so klein ist? Nein, der Turm ist das einzige Bauwerk nördlich des Chicago-Klosters, das der großen Feuersbrunst von 1871 nicht zum Opfer fiel. Eine Iränderin soll ihre Kuh beim Licht einer Petroleumlampe genossen haben. Da hat die Kuh mit dem Schwanz nach einer Fliege geschlagen und die Lampe getroffen. Die setzt umgesessen, und der Brand war da. „Gesegneter Kuhschwanz“, damit schläft unser Führer seine Erzählung, „dem verdanken wir den großzügigen Bauplan unserer Stadt“.

Einige Zahlen: Chicago hat heute annähernd 4000000 Einwohner — bei der Volkszählung von 1930 waren es genau 3876438. Darunter sind der Herkunft nach 450000 Deutsche, 400000 Polen, 300000 Juden, 300000 Iren, 224000 Neger, 200000 Tschechoslowaken, 200000 Italiener, 125000 Schweden, 100000 Litauer, 56000 Norweger, 50000 Griechen usw. Die Länge der Straßen ist 6000 Meilen, der Boulevards 84 Meilen. Chicago hat 56 bewegliche Brücken und ist der größte Eisenbahnknotenpunkt der Welt. 38 verschiedene Linien laufen hier zusammen, 5 elektrische Schulbahnen, 7 Gürtelbahnen mit Schienenanlagen von 1400 Meilen Länge dienen dem Ortsverkehr mit 206 Frachtbahnhöfen, die 210000 Waggons aufnehmen können. 4500 Industrieunternehmungen haben eigene Gleisanlagen. Die Durchgangsfracht erreicht etwa 21000 Waggons täglich, mit der Stadtverfrachtung macht zusammen 34000 Waggons. Unter der Straße der Geschäftsbezirke sind 61 Meilen Tunnel für die elektrische Fracht-Untergrundbahn, die 60 Warenhäuser, Bürogebäude und Fabriken mit den Frachtbahnhöfen verbindet und jährlich ungefähr 180000 Tonnen Fracht befördert. 2050 Personenzüge bringen täglich 380000 Personen von und nach der Stadt. Straßenbahn und Hochbahn, in einer Länge von 450 deutschen Metern, befördern täglich 4 Millionen Menschen.

Chicago ist der größte Handelsplatz für Getreide und Vieh. 800 Millionen Bushels Getreide (1 Bushel = 35,785 l) werden jährlich hier gehandelt, 3,5 Millionen Rinder, 8,6 Millionen Schweine, 4 Millionen Schafe, im ganzen also über 16 Millionen Stück Vieh. Zum Vergleich stellen wir daneben den Gesamtumsatz an Schlachtwiech in

Generalsynode der Altpreußischen Union

Errichtung von Bistümern. — Annahme wichtiger Gesetze. — Der Arier-Paragraph.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Generalsynode der Altpreußischen Union wurde am Dienstag durch ihren bisherigen Präsidenten Dr. Winkler im Plenaraal des ehemaligen Herrenhauses eröffnet. Das äußere Bild der Eröffnungssitzung entsprach der Bedeutung der Synode, deren Beschlüsse entscheidend sind für die zukünftige Gestaltung der Deutschen Evangelischen Kirche.

Das Interesse der Öffentlichkeit an den Verhandlungen der Synode war so stark wie nie zuvor. Um 14 Uhr hielt die Gruppe der „Deutschen Christen“ geschlossen ihren Zugang. In den ersten zwei Reihen nahmen die Mitglieder der Reichsleitung der „Deutschen Christen“ Platz. Reichsminister Dr. Frick war durch Ministerialdirektor Budmann, Ministerpräsident Göring durch Hauptmann a. D. Bruno Voerder, Kultusminister Rust durch Ministerialrat Achelis vertreten. Auf der Regierungsbank hielten die Mitglieder des Oberkirchenrates Platz genommen, an ihrer Spitze Landesbischof Müller, den die Synode durch Erheben von den Plätzen begrüßte.

Präses D. Winkler eröffnete die Sitzung mit einer Rede, in der er Rückblick auf die kirchlichen Ereignisse der letzten Monate hält. Er gedachte der besonderen Verdienste Dr. Kaplers, des ehemaligen Präsidenten des Oberkirchenrates. Wenn der Kirchensenat seinerzeit darauf verzichtet habe, diese Stelle sofort wieder zu besetzen, so sei es geschehen, weil man der kommenden Verfassungsneuordnung der Kirche nicht vorgegrenzen wollen. Dieses Vorgehen des Kirchensenats sei leider missdeutet worden. Im Hinblick auf den Ausfall der Kirchenwahlen habe dann der Kirchensenat die Stelle des Oberkirchenpräsidenten dem Wehrkreispfarrer Müller übertragen und ihm

als ersten Inhaber dieses Amtes die Amtsbezeichnung Landesbischof verliehen.

Präses D. Winkler begrüßte den Landesbischof mit herzlichen Wünschen. Der Präsident schloß seine Rede mit einem Hinweis auf die Bedeutung des unabhängigen Pfarrerstandes. Einstimmig wählte dann die Synode zu ihrem Präsidenten Rechtsanwalt Dr. Friedrich Werner, zum ersten Stellvertreter wurde Pfarrer Hossfelder, zum zweiten Stellvertreter Ministerialdirektor Jäger gewählt.

Bildung von Bistümern

Nach der Wahl der Ausschüsse trat die Synode in die Beratungen eines Gesetzes ein, das für die zukünftige Gestaltung der Altpreußischen Kirche von entscheidender Bedeutung ist.

Nach diesem Gesetz wird für das Gebiet der altpreußischen Landeskirche das Bischofsamt geschaffen. Zugleich wer-

den folgende Bistümer errichtet: Brandenburg, Cammin, Berlin, Köln-Aachen, Münster, Magdeburg, Halberstadt, Merseburg-Namburg. An der Spitze des Bistums steht der Bischof, an der Spitze der Landeskirche der Landesbischof, der zugleich die evangelische Kirche der Altpreußischen Union vertritt. Ständiger Vertreter des Landesbischofs ist der Bischof von Brandenburg, der gleichzeitig das Amt des geistlichen Vizepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrates übernimmt. Die Stelle des Präsidenten des Oberkirchenrates wird mit Persönlichkeiten besetzt, die die Befähigung zum Kirchenamt oder höherem Verwaltungsdienst aufweisen. Mit der Errichtung des Bischofsamtes wird

das bisherige Amt der Generalsuperintendenten aufgehoben.

Zu diesem Gesetz sprach Pfarrer Peter im Namen der „Deutschen Christen“ und gab eine programmatische Erklärung ab, in der er die Bedeutung des neuen Bischofsamtes für die Kirche würdigte. Im Namen der Gruppe „Evangelium und Kirche“ stimmte Pfarrer Geißmann dem Grundgedanken des Bistumsgesetzes zu, machte aber dabei den Wunsch geltend, daß man den Gesetzesentwurf in einer Kommission eingehend durchberaten möge.

Die Bestimmungen des Beamtenrechtes

Unmittelbar anschließend folgte die Beratung des sog. Beamtenrechtes, das ebenfalls für die Zukunft der kirchlichen Führer und des Pfarrerstandes von entscheidender Bedeutung ist. Dieses Gesetz, das den sog. Arierparagraphen enthält, bestimmt in Par. 1: Geistlicher oder Beamter der kirchlichen Verwaltung kann werden, „wer die für seine Laufbahn vorgeschriebene Vorbildung besitzt und rücksichtlos für den nationalen Staat und die Deutsche Evangelische Kirche eintritt.“

Wer nichtarischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Geistlicher und Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung berufen werden. Geistliche und Beamte arischer Abstammung, die mit einer Person nichtarischer Abstammung die Ehe eingehen, sind auszulassen.

Nach Par. 3 können Geistliche und Beamte, die nach ihrer bisherigen Tätigkeit nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rücksichtlos für den nationalen Staat und die Deutsche Evangelische Kirche eintreten, in den Ruhestand versetzt werden. Die Vorschriften gelten nicht für Geistliche und Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Geistliche oder Beamte der Kirche gewesen sind, oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verb-

Zur Weltausstellung in Chicago

„Ich will.“

Nachmittags 3.30 Uhr Abfahrt, wieder mit der Michigan Central Railroad. Die Gegend ist interessanter, nicht so verbornt, bessere Formen. Gegen Abend wird's im Wagen belebt: „Sind wir bald in Chicago?“ In der Ferne ein großes Feuerwerk am Himmel . . . jetzt erleuchtete Bauten in farbigem Licht . . . ein riesiges hellerleuchtetes Thermometer . . . Lichtreklamen: das ist das Ausstellungs-

gelände.

Chicago (sprich: Schikago). Der Bahnhof ist unansehnlich, der Bahnhofsvorplatz schwatz. Aber auf der breiten Straße ein Meer von Licht . . . Hochhäuser . . . das Gebäude des Kaugummikönigs Wrigley märchenhaft ganz weiß erleuchtet . . . hinein in die Autoreihen. Der erste Eindruck von Chicago ist: großzügig.

Im Hotel Bismarck merkt man gleich etwas von der Weltausstellung. Trotz der Vorbestellung sind nicht genügend Einzelzimmer frei, so daß elliche Teilnehmer unserer Studienreise fürs erste zusammen wohnen müssen.

Am Dienstag vormittag Rundfahrt durch die Stadt. Der erste Eindruck der Großzügigkeit vertieft sich: breite Straßen, Wolkenkratzer und Parks. Besonders die Parks — mit Spielwiesen, Teichen (Lagunen genannt) zum Baden, Kinderspielplätzen — sind der Stolz Chicagos. Niemand soll in Chicago von seiner Wohnung zu einem Park einen weiteren Weg haben als 10 Minuten. Und dann die prächtige Michigan Avenue am Michigansee — 26 Meilen Seefront! Freilich treffen die Gegenseite schroff nebeneinander auf: Armenviertel und häßliche Häuserblöcke dicht vor den Häusern der Millionäre, an der „Goldküste Chicagos“, wie der Volksmund diese vornehme Wohngegend nennt, haben sich am Ufer des Michigansees Arbeitslose Bretterbuden zusammengenagelt; der Volksmund nennt diese Siedlung nach dem Präsidenten der Prosperity (Glück, Wohlstand): Hoover City (City heißt Stadt). Und die Viertel der Polen, Italiener, Juden und Neger lassen an Häßlichkeit und Unmöglichkeit nichts zu wünschen. Höchstens daß einige wegen der Gangsterkämpfe interessant sind. So fahren wir am

Lexington-Hotel, dem berüchtigten Hauptquartier von Al Capone vorüber, das früher, ehe der Schmugglerkönig hinter „eisernen Gardinen“ gesperrt wurde, hinter den Fenstern mit Maschinengewehren bestückt war.

Im einzelnen besichtige ich den Jackson-Park, das ehemalige Gelände der Weltausstellung von 1893. Und die „University von Chicago“ daneben. Die ist erst 1892 durch ein Geschenk von 600000 Dollar von John D. Rockefeller gegründet. Ein ganzer Stadtteil von 85 Gebäuden ist einheitlich an den weiten Parkgründen angelegt: Hospitäler, Bibliotheken, Stadien, Wohnhäuser für Studenten und Professoren, Laboratorien, Fachultätsgebäude, drei Kirchen, von denen besonders die neuere vom Jahre 1928, ebenfalls eine Stiftung von Rockefeller, das mit einem Glockenspiel von 72 Glocken, das Universitätsbild beherrscht, das prächtige International House für ausländische Professoren und Studenten aus aller Welt, Universitätsdruckerei, Museen u. s. w. im Werte von über 100000000 Dollar. Hier lehren über 800 Professoren und lernen über 15000 Studenten. Ich warf einen Blick in einige Lehräle, Speisezimmer der Studenten, Fachultätsgebäude, Seminare und staunte über die — man kann fast sagen luxuriösen Einrichtungen. Dazu die weiten Rasenflächen, die im Sommer Spielplätze, im Winter Eisbahnen darbieten. Dieselbe Großzügigkeit finde ich in dem Hauptgebäude der „Öffentlichen Bibliothek“ — es sind über 50 Zweigstellen außerdem über das ganze Stadtgebiet verteilt — mit großen Lehrälen, darunter einer auch mit Büchern in Broille-Blindenschrift. Und eine Art Institute (Kunstmuseum). Freilich kann sich die ständige Sammlung mit großen europäischen Kunstmuseen nicht messen, aber zur Weltausstellung ist eine achtenswerte Sammlung erlesener Bilder aus aller Welt — im Werte von 75000000 Dollar — zusammengebracht, um einen Querschnitt der internationalen Kunst der letzten sechs Jahrhunderte zu geben. Das Glanzstück ist das „Bild der Mutter“ von Whistler aus dem Louvre zu Paris. Das soll allein 5000 Dollar der Verfrachtung gekostet haben. Man erkennt seinen Wert schon von weitem daran, daß ein Polizist mit Revolver als Wache daneben steht.

Gründe der Judengesetzgebung.

Deutschland wird nicht am Rassenproblem zerstören.

Auf dem Parteikongress der NSDAP in Nürnberg hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göbbels, eine Rede über Rassenfrage und Weltpropaganda gehalten, in der er u. a. ausführte:

"Die nationalsozialistische Revolution ist ein typisch deutsches Erzeugnis gewesen. Sie ist ohne den Weltkrieg und ohne die Novemberrevolution, wenigstens in diesem Tempo und in dieser Durchschlagskraft gar nicht denkbar. An ihrer Wiege stand der Versailler Friedensvertrag. Not, Arbeitslosigkeit, Verzweiflung und Verfall gaben ihr auf ihrem wechselseitigen, durch alle Höhen und Tiefen führenden Wege das Geleit. Die Demokratie, die in einem überspitzten und heute fast grotesk anmutenden Parlamentarismus ihre Leute und ihre sinngemäße Ausdrucksform fand, gab den Tummelplatz ab, auf dem die nationalsozialistische Bewegung zur Macht emporstieg. Der Nationalsozialismus ist als Idee wie als Realität die bewußte Gegenwehr gegen die Auswüchse des Liberalismus. Er kann nur aus deutschen Umständen und Beweggründen erklärt werden. Wenn auf eine Idee, dann passt auf ihn das Wort, das Mussolini einmal vom Faschismus sagte: „Er ist kein Exportartikel!“. Und trotzdem ist die nationalsozialistische Revolution ein Ereignis, das die ganze Welt angeht, ganz abgesehen davon,

dass die Lösung der deutschen Frage im Innern nicht ohne Folgen für die kommende europäische Konstellation sein kann.

Die Tatsache, dass in Deutschland die Demokratie durch einen neuen Autoritätsbewusstsein abgelöst wurde, dass der Liberalismus unter den Schlägen der nationalen Erhebung zusammenbrach, dass parlamentarischer und Parteienstaat für uns überwundene Begriffe wurden, ist für die ganze Deutschland umgebende liberale Welt ein Signal. Man kann diesen ganzen Tatsachenbestand nicht verstehen und deuten, wenn man nicht die

Rassen- bzw. die Judenfrage

als einen seiner hervorstechendsten Bestandteile einer besonderen Beachtung würdigt. Wenn wir die Judenfrage praktisch zu regeln versuchen und damit das Rassenproblem in unserem Staate zum ersten Male für ganz Europa gesetzmäßig in Angriff nahmen, so folgten wir hierin nur dem Buge der Zeit. Dabei ist die

Abwehr der jüdischen Gefahr nur ein Teil unseres Planes und unseres Ziels;

wenn sie in der Weltdiskussion über den Nationalsozialismus zum einzigen und hauptauschlaggebenden Thema erhoben wurde, so liegt das nicht an uns, sondern am Judentum selbst.

Wir machen den Juden nicht zum alleinigen Hauptshuldigen an der deutschen Geistes- und Wirtschaftskatastrophe.

Wir kennen alle die anderen Ursachen, die zum Verfall unseres Volkes führten. Aber wir haben auch den Mut, seine Rolle in diesem Prozess zu erkennen und beim Namen zu nennen.

Zwar war es zu gewissen Seiten schwer, das dem Volke verständlich zu machen, denn die öffentliche Meinung lag ausschließlich in der Hand des Juden. Er hatte sich bei den anderen Herrschaft über die großen Presseorgane gesichert und wachte eifersüchtig darüber, dass sein Name weder im Guten noch im Bösen in der öffentlichen Diskussion genannt wurde. Keine Zeitung, die den Charakter hatte, sich diesem anonymen Einfluss zu entziehen, keine Partei, die den Mut aufbrachte, dagegen Sturm zu laufen, kein Parlament, in dem ein offenes Wort darüber geduldet wurde!

Auf einer Berliner Bühne, die von den Juden geleitet wurde, segte man einen Stahlhelm mit den Worten „Dreck, weg damit!“ auf den Kehrichthaufen. Der Jude Gumbel nannte die Toten des Krieges „auf dem Felde der Unehr Gefallene“, der Jude Lessing verglich Hindenburg mit dem Massenmörder Haarmann, der Jude Toller bezeichnete das Heldenamt als „das Dämmste der Ideale“, der Jude Arnold Zweig sprach vom deutschen Volk als

ganz Deutschland von 1927: 7,3 Millionen Kinder, 15,6 Millionen Schweine.

Wenn Berlin nach seiner Einwohnerzahl im Verhältnis zu Chicago sich flächennäher ausdehnen würde, müsste es die halbe Provinz Brandenburg einnehmen.

Und diese riesenstadt Chicago besteht erst seit 100 Jahren, sage und schreibe: seit hundert Jahren. Im September 1833 wurde den drei Indianerstämme der Pottawatomies, Chippawas und Ottawas das ganze Land in dem Bereich der heutigen Staaten Illinois Michigan und Indiana für eine gewisse Geldsumme und Waren, deren Wert nicht so groß war, wie heute ein einziger Wollenfänger kostet, abgekauft. Die Siedlung Chicago (indianisches Wort Che-sa-gua = wilde Zwiebel) neben dem Fort Dearborn wurde zur Stadt erklärt, Einwohnerzahl 200 Weiße und etwa doppelt soviel Indianer, und der letzte Bär in seinem Weichbilde geschlossen.

Die Aufwärtsentwicklung ist aber noch nicht abgeschlossen. Der Schwerpunkt der Vereinigten Staaten verlegt sich mehr und mehr von Osten nach dem Mittelwesten. So rechnet Chicago bestimmt damit, dass es die Hauptstadt Amerikas und die größte Stadt der Welt in absehbarer Zeit werde. Wer weiß? Im Wappen hat Chicago jedenfalls den Spruch: „I will (Ich will)!“ (Fortsetzung folgt.)

Die jungfräuliche Königin.

Wenn England heute mit einer röhrenden Unabhängigkeit seine „Queen Bess“ in den Mittelpunkt der englischen Geschichte stellt und in fast kindlicher Heldenverehrung zu dieser Regentin aufschaut, so liegt das leider weniger an besonders liebenswerten Charaktereigenschaften, die die große Elisabeth aufzuweisen hatte, als vielmehr daran, dass England tatsächlich zur Zeit ihrer Regentschaft eine besondere Blütezeit erlebte. Ob mit ihrem Zutun, mag noch dahingestellt bleiben. Viele glückliche Umstände haben aber zweifellos dazu beigetragen, dass innen- und außenpolitische Erfolge, Künste und Wissenschaften sich gleichermassen in aufsteigender Kurve bewegten.

einem „Pack, dem man die Stirn zeigen müsse“, von der „viehischen Gewalt des ewigen Boch“ und der „Nation von Zeitungslesern, von Stimmwürch, Geschäftemachern, Mördern, Operettenliebhabern und Amtskadavern“.

Ist es da verwunderlich, dass die deutsche Revolution auch eine Abschüttelung dieses unerträglichen Jochs mit sich brachte?

Nimmt man noch hinzu die Überfremdung des deutschen Geisteslebens durch das internationale Judentum, sein Überwuchern der deutschen Justiz, die schließlich dahinführte, dass in der Reichshauptstadt nur jeder fünfte Jurist ein Deutscher war, die Durchziehung der Arzteschaft, die Vorherrschaft in den Universitätslehrkörpern, kurz und gut die Tatsache,

dass fast beinahe alle geistigen Berufe ausschlaggebend von Juden bestimmt wurden,

so wird man zugeben müssen, dass kein Volk von Selbstachtung solches auf die Dauer ertragen hätte. Es war nur ein Akt der deutschen Wiederbefinnung, dass die Regierung der nationalsozialistischen Revolution auch auf diesem Gebiet Wandel schuf.

Trotzdem waren wir zu Beginn unseres Handelns in der Reserve geblieben. Wir hatten Wichtigeres zu tun, als im Augenblick eine Weltfrage von dieser Tragweite aufzurollten. Uns lag keineswegs daran, mit einer so schweren Verbelastung an die Lösung der großen Zeitprobleme, die Deutschland bewegten, heranzugehen. Dass es aber anders kam, lag ausschließlich am Judentum. Seine geistigen Wurfköpfe, die sich ehemals vor der Welt als unsere Repräsentanten ausgespielt hatten, gehen nun über die Grenzen, um vom sicheren Port des Auslandes aus jene Hebe fortzusetzen, die sie bei uns 14 Jahre lang gegen das nationale Wiedererwachen unseres Volkes getrieben hatten.

Die Boykott- und Grenzpropaganda, die gegen das junge nationalistische Deutschland in anderen Staaten veranstaltet wurde, war nur der weit angelegte Versuch des internationalen Judentums, auf dem Wege über die öffentliche Meinung in anderen Staaten das zu erreichen, was in Deutschland selbst durch unsere Machtübernahme unmöglich gemacht worden war.

Man versuchte, den deutschen Wiederaufbau durch einen großangelegten Weltboykott in Schwierigkeiten zu bringen und damit am Ende erfolglos zu machen. Die alten Requisiten der Kriegsbeute gegen Deutschland wurden aus dem Arsenal der Weltpropaganda wieder hervorgeholt. Prompt tauchten wieder die ausgestochenen Augen und die abgeschnittenen Kinderhände auf. Vergewaltigungen von unschuldigen Mädchen, Folterungen von Frauen und Greisen wurden mit wüster Phantasie erfunden und der Welt als blonde Wahrheit aufgetischt.

Wir sahen bei Zeiten die schwere Bedrohung, der unser staatspolitischer Aufbau durch diese gewissenlose Kampagne der öffentlichen Weltmeinung ausgesetzt war. Wenn wir in dieser kritischen Zeit zum Mittel des Gegenboykotts griffen, wenn dabei die in Deutschland verbliebenen Juden genossen materiellen Schaden erlitten, so können sie sich bei den ihnen Gleichgesinnten bedanken, die jenseits der deutschen Grenze unserem Aufbau Schwierigkeiten bereiten wollten, wobei sie aber tatsächlich ihre eigene Rasse in wirtschaftliche Bedrängnis führten.

Keinem Juden ist in Deutschland ohne Grund ein Härcchen gekrümmt worden.

Unser Boykott war nur ein Akt der Notwehr; aber selbst er wurde, wie das auch die Welt anerkennen musste, in seiner vorbildlichen Disziplin ohne Terror und ohne Blutvergießen durchgeführt.

Die weiteren, für das Judentum daraus entspringenden Folgen konnten vorausgesehen werden. Das Judentum selbst kann sich die Schuld daran zuschreiben. Sowohl gelang es ihm, durch seine Weltboykothäpe eine augenblickliche außenpolitische Krise über Deutschland herauszubringen; die Schäden aber, die es dabei selbst erlitt,

Drei Königinnen waren es, unter denen England seine Blütezeit erlebte und unter deren Zepter der Grundstein zu Englands Weltmachstellung gelegt wurde: Elisabeth Tudor, die man „jungfräuliche Königin“ nannte, Anna Steward, die der Trunksucht verfallen war, und die ebenso gravitätische wie behäbige Queen Victoria.

Man hat oftmals Vergleiche der Charakteranlagen gezogen zwischen der Königin Elisabeth und der „Großen Katharina“ Russlands. Was das Privatleben beider, insbesondere die Zahl der Liebhaber anbetrifft, so scheinen beide Regentinnen wirklich ähnliche Züge aufgewiesen zu haben, wenngleich Elisabeth wohl in dieser Beziehung den Weltrekord der Großen Katharina niemals erreicht haben dürfte. Tatsache bleibt, dass ihr Privatleben für das sittenstrengste England noch immer Zähne genug war und durchaus nicht den ungezählten Beifall ihrer Zeitgenossen fand. Das Charakterbild der Queen Bess ist, wie es sich aus Zeitdokumenten ergibt, keineswegs lebenswürdig. Sie soll rachsüchtig gewesen sein und war stets bereit zu Handlungen und Taten, durch die ihrer grenzenlosen Eitelkeit Genüge getan wurde. Zeitgenossen schildern sie als kalt und gleichzeitig prüde. Aber wenn es galt, politische Entscheidungen zu treffen oder ein Todesurteil zu unterzeichnen, durch das einer ihrer Gegner aus dem Wege geräumt wurde, war sie von keinerlei Hemmungen belastet.

Am meisten Staub aufgewirbelt hat die Hinrichtung ihrer Cousine, der schottischen Königin Mary Stuart. Allerdings hat hier die Nachwelt die Tatsachen wesentlich entstellt, insoweit als sie Mary Stuart zu einer bedauernswerten Märtyrerin stempelte. In Wirklichkeit war die Königin Schottlands durchaus keine weiche und harmlose Frau, und es ist vielleicht Elisabeth noch nicht einmal ein Vorwurf daraus zu machen, wenn sie sich dieser gefährlichen Gegnerin entledigte.

Wenn man von der Machtentfaltung Englands unter Elisabeth spricht, so muss zunächst Englands Aufstieg zur Seemacht hervorgehoben werden. Nachdem die spanische Seemacht gebrochen war, widmete Elisabeth ihre ganze Kraft der Ausgestaltung der englischen Kriegs- und Handelsflotte. Durch die Kolonialisierung Nordamerikas, durch die

waren ungleich viel größer, als die es uns damit zufügen konnte. Das Judentum und damit das Rassenproblem tauchte auf, wurde in seinem für und wider diskutiert und erregte einen leidenschaftlichen Streit der Meinungen.

Viele kluge Juden haben bei Zeiten erkannt, was damit angerichtet wurde, vor allem die in Deutschland verbliebenen, die ja am unmittelbarsten Betroffen waren. Sie haben mit laut vernehmbarer Stimme gewarnt. Allerdings konnten sie sich nicht gegen die Überheblichkeit ihres radikalsten Flügels durchsetzen. Dieser radikale Flügel hat dem gesamten Weltjudentum und seiner Vormachtstellung einen außerordentlich schweren Schlag versetzt. Die Stärke des Judentums liegt in seiner Anonymität; verletzt es sie, dann wird es nur Schaden nehmen.

Hinter diesen Vorgängen taucht das Rassenproblem in seiner ganzen Schwere auf.

Es wird nicht mehr zur Ruhe kommen, bis es von den Völkern Europas gelöst ist. Es wird seine Lösung finden, wenn die Völker in klarer Besinnung ihr eigenes Wohl erkennen und was zu seiner Festigung notwendig ist.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Worte über die Maßnahmen sagen, die wir gegen die Gefahren der gegen uns gerichteten Weltpropaganda ergriffen haben und weiterhin ergreifen werden.

Eine Weltpropaganda gegen uns wird beantwortet mit einer Weltpropaganda für uns.

Die Wahrheit ist immer stärker als die Lüge, und die Wahrheit über Deutschland wird sich auch diesmal wieder bei allen anderen Völkern durchsetzen, auch in bezug auf die Rassenfrage. Wir haben das getan, was notwendig und damit unsere Pflicht war. Wir brauchen das Urteil der Welt nicht zu scheuen.

Sie aber ist herzlich eingeladen, ihre Wurfköpfe und Vertreter nach Deutschland zu schicken, damit sie sich bei uns davon überzeugen können, wie mutig und unbeirrbar Regierung und Volk an die Arbeit gegangen sind, um die letzten Überreste des Krieges und der November-Revolution zu beseitigen, um einen Ausgleich der Kräfte herzustellen und damit Deutschland die Sicherheit seiner Existenz, seiner Ehre und seines täglichen Brotes zurückzugeben. Wer dieses Volk am Werk sieht, der kann gar nicht an seiner größeren Zukunft zweifeln. Je mehr Ausländer zu uns kommen, desto mehr Freunde des jungen Deutschland gewinnen wir. Es gilt heute der Welt gegenüber, was ehemals den Parteien gegenüber galt: Wir dürfen niemals die Nerven verlieren. Rücksicht, Klarheit, Festigkeit und Beständigkeit sind die Tugenden, die den deutschen Gedanken unserer Prägung auch in der Welt wieder durchsetzen werden.

Deutschland wird nicht am Rassenproblem zerstören, im Gegenteil: In seiner Lösung liegt die Zukunft unseres Volkes. Wir werden hier wie auf vielen anderen Gebieten der ganzen Welt bahnbrechend voranschreiten. Die Revolution, die wir gemacht haben, ist von epochaler Bedeutung. Wir wollen, dass dies in der konsequenten Lösung der Rassenfrage den Schlüssel zur Weltgeschichte findet.

Rundschau des Staatsbürgers.

Niederschlagung von Steuerrückständen.

Termin zur Einreichung von Anträgen verlängert.

Einer Warschauer Pressemeldung aufzufolge ist der endgültige Termin zur Einreichung von Anträgen an das Finanzministerium Niederschlagung von rückständigen Steuern, die mit Rücksicht auf ihre Höhe von den Finanzkammern nicht geregelt werden können, bis zum 1. Januar 1934 verlängert worden. Die Finanzkammern sollen in der Zeit bis zum Ende 1934 einen Bericht über die bisherigen Arbeiten in bezug auf die Tilgung rückständiger Steuern vorlegen. Die Finanzämter sind außerdem in einem besonderen Rundschreiben ermächtigt worden, im Rahmen ihrer Zuständigkeit uneintreibbare Steuerrückstände niederschlagen oder mit einem entsprechenden Antrage an die Finanzkammern heranzutreten. Eine Niederschlagung hat besonders dann zu erfolgen, wenn der Steuerzahler in unbekannter Richtung verreist ist oder sein Vermögen besteht, durch welche die Steuerrückstände sicher gestellt werden können. Steuerrückstände dieser Art werden nie vergeschlagen, wenn sie vor dem 31. Dezember 1930 entstanden sind, und die insgesamt eine Summe bis 500 Zloty für den einzelnen Steuerzahler betragen.

Gründung der Ostindischen Compagnie und die Schaffung der Londoner Börse, wurde dem englischen Handel ein gewaltiger Auftrieb erteilt. Gleichzeitig war die Königin bemüht, durch weitgehende soziale Hilfe die wirtschaftliche Lage des Volkes zu verbessern und England einem allgemeinen Wohlstand entgegenzuführen. Dies gelang auch im weitesten Maße. Wenn England beim Regierungsantritt Elisabeths, im Innern zerrissen, nach außen ohne Ansehen da stand, so hinterließ sie bei ihrem Hinscheiden ein einiges, starkes Reich, das sich in der ganzen Welt Achtung erworben hatte.

William Shakespeare, Edmund Spenser, Ben Jonson und Francis Bacon seien aus der Reihe der führenden Geister erwähnt, die das Geistesleben zur Zeit Elisabeths beeinflussten. Sir Walter Raleigh, der große Kolonialator, Lord Burleigh und sein Sohn Robert Cecil, Graf Essex und Francis Walsingham waren bedeutende Köpfe, die am Hofe Elisabeths wirkten.

Elisabeth Tudor war die Tochter Heinrichs VIII. und der Anna Boleyn. Nach der Hinrichtung ihrer Mutter wurde sie als illegitim erklärt, aber trotzdem mit ihrem Stiefbruder, dem Thronerben Eduard VI. zusammen sorgfältig von der leichten Frau Heinrichs VIII. erzogen. Während der Regierungszeit Eduard VI. und der Königin Mary, „Bloody Mary“ genannt, hielt sie sich klugerweise im Hintergrund und entging so allen politischen Gefahren. Am 17. November 1558 wurde Elisabeth nach dem Tode der Königin Mary vom Parlament als Herrscherin anerkannt. Das Volk jubelte ihr zu, weil man die Beilegung der religiösen Streitigkeiten und damit des Blutregiments der vergangenen Jahre erhoffte. Elisabeth stand den religiösen Fragen kühl gegenüber. Sie neigte jedoch mehr zum Protestantismus und stellte die anglikanische Staatskirche wieder her. Die Reformation wurde wieder eingeführt, ohne dass dadurch die außenpolitischen Beziehungen, insbesondere zu Spanien, getrübt worden wären.

Alles in allem war Elisabeth neben ihren künstlerischen Eigenschaften als Staatslenkerin groß und tatkäfig. England kann sie mit Recht zu seinen größten Regenten zählen.

J. Sch.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Lage am Getreidemarkt.

Geringe Preiserholung für Roggen.

Der Getreidemarkt, insbesondere aber der Roggenmarkt, hat in den letzten 14 Tagen eine Entwicklung durchgemacht, die man noch in der Zeit der Ernte fast für ausgeschlossen hielt. Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß der einheimische Getreidemarkt viel größeren Schwankungen unterworfen war, als der internationale Getreidemarkt, soweit er heute durch Maßnahmen verschiedener Länder nicht behindert wird, und eine "Orientierung nach Weltmarktpreisen" ermöglicht. Durch die verschiedenen Zollmaßnahmen ist bekanntlich der polnische Markt stark isoliert und unterliegt nur indirekt, d. h. fast nur psychologisch, den Einflüssen des Weltmarktes. Der Rückgang der Roggenpreise am einheimischen Markt hat in den letzten 14 Tagen beständige Formen angenommen. Das Angebot am Markt war so stark, daß die Interventionsmittel bei weitem nicht ausreichten, die P. B. P. gezwungen waren, ihre Interventionspreise herabzusetzen um ihre Mittel nicht vollkommen zu erschöpfen, während die Formalitäten zur Erlangung der Getreide-Lombardkredite zum Teil erschwerend auf den Gang der Intervention einwirken. Die Preisnotierungen von 13 Zloty für den Doppelzentner und darunter sind zu einer beständigen Erholung bei der ohnehin traurigen Lage der Landwirtschaft geworden, die durch eine günstige Preislage ihre Belastung etwas zu erleichtern hoffte.

In den letzten beiden Tagen ist für Roggen eine Art Erholung eingetreten. Die Posener Notierungen lagen gestern bei 13,50–13,75 mit einer stärkeren Tendenz, Warschau notierte 13–14 Zloty und auch der größte Teil der Transaktionen auf der Bromberger Börse wurde mit 14 Zloty notiert. In erster Linie ist diese Erholung auf das Nachlassen des Roggenangebotes zurückzuführen. Die Herbstbestellungsarbeiten haben die Zufuhr nach der Stadt von Seiten des mittleren und kleinen Grundbesitzes zunächst aufgehoben. Man glaubt in Händlern, daß für die nächste Zeit ein größeres Angebot nicht zu erwarten ist. Man erwartet vielfach das vor 8 und 10 Tagen eingetretene Sintern der Preise damit, daß ein großer Teil der Landwirtschaft, der seinen laufenden Verpflichtungen nachkommen mußte, die "verhältnismäßig günstige" Preislage ausnutzen wollte und demnach die starke Getreidezufluhr eintrat. In der Zeit des Hauptanfalls wurden allein in Warschau an einem Tage bis 70 000 To. umgesetzt.

Einer Desorientierung am einheimischen Getreidemarkt glaubt man jetzt dadurch vorgehen zu können, daß die Leitung der P. B. P. in Warschau mit dem Getreidegroßhandel zu einer stillen Abmachung gekommen ist, die besagt, daß die P. B. P. mit dem Getreidehandel insofern zusammenarbeiten will, als sie nicht nur von Produzenten, sondern auch vom Getreidehandel Getreide abnehmen werde. Hierzu sind allerdings drei Voraussetzungen notwendig: 1. Der Getreidehändler muß Mitglieder der Getreidebörsen sein, 2. er muß ein Gewerbepräventiv, oder 3. Kategorie besitzen, 3. er muß durch eine Bescheinigung der zuständigen Handelskammer den Nachweis erbringen, daß er finanziell verantwortlich gemacht werden kann, und daß er eine entsprechende Umsatzhöhe besitzt. Man hofft durch diese Vereinbarung die schädlichen Auswirkungen, die vielfach durch die Politik der P. B. P. heraufbeschworen wurden, vollständig beseitigen zu können.

In der Getreide-Exportlage hat sich für Polen nicht viel geändert. Wir berichteten bereits früher, daß bei der Preisgestaltung für Roggen in Amsterdam eine Hoffnung für eine starke Ausfuhr kaum vorhanden ist, wenn die Regierung nicht zu größeren Opfern in Form von Prämien oder Zollrückerstattungen bereit sein wird. Trotzdem ist es bereits gelungen, eine entsprechende Menge im Auslande, vornehmlich in Skandinavien, abzuzeichen. Für die nächsten Wochen scheint sich die Exportlage etwas günstiger zu gestalten, als nach den übertrieben optimistischen Nachrichten der letzten Zeit erwartet werden kann. Jetzt scheint nunmehr festzustehen, daß allein die europäischen Länder trotz der günstigen Ernte, deren Ergebnisse vielfach übertrieben wurden, einen Weizeneinfuhrbedarf von etwa 100 Millionen Doppelzentner haben werden. Durch eine Änderung im Einfuhrrecht der Länder kann für Polen eine nicht ungünstige Verschiebung erfolgen.

Die Kontingentverhandlungen mit Danzig stehen.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Die Verhandlungen über die Danzig nach den Verträgen zu stehenden Kontingente sind vor etwa zwei Wochen vertagt worden, weil die politischen Vertreter sich weitere Informationen von ihrer Regierung einholen wollten. Die Verhandlungen haben bekanntlich zum Ziel, die polnischen Zollkontrollen zu beseitigen. Bedauerlicherweise konnten bisher diese Kontingentverhandlungen noch nicht fortgeführt werden, weil nach Erklärung der polnischen Vertreter die Vorberatungen in Warschau noch nicht abgeschlossen sind. Dagegen erklärte sich die Polnische Regierung bereit, in Verhandlungen einzutreten über ein Veterinärbündnis und über ein Abkommen über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs. Zu diesem Zweck erschien am 5. d. M. beim Senat nach Anmeldung unter Führung von Legationsrat Balicki eine höhere Kommission, um das Programm für diese Verhandlungen festzustellen. Die polnischen Vertreter und die Vertreter der Danziger Regierung unter der Führung von Staatsrat Dr. Draeger legten ihre grundsätzlichen Einstellungen zu den in Frage kommenden Verhandlungspunkten dar. Im Gegenzug zu den Vorschlägen des hohen Kommissars des Völkerbundes erklärte der polnische Vertreter hierbei, daß er in diesen Punkten nicht über ein Provisorium verhandeln wolle, sondern über ein endgültiges Abkommen.

Von Danziger Seite wurden hiergegen Bedenken geäußert, da man fürchtete, daß Verhandlungen über ein endgültiges Abkommen zu lange Zeit in Anspruch nehmen würden. Wenn auch, so wurde von Danziger Seite dargelegt, ein endgültiges Abkommen im Interesse beider Teile wünschenswert sei, so müsse man doch in erster Linie darauf sehen, daß eine vorläufige Regelung in kürzester Zeit vereinbart würde. Dieser grundsätzliche Gegenstand der Ausschauungen der beiden Delegationen, wobei sich die Danziger Regierung auf die Erklärungen des hohen Kommissars stützte, wurde zunächst zurückgestellt, nachdem die Polnische Regierung erklärt hatte, sie würde sowohl für das Veterinärbündnis wie auch für das Lebensmittelabkommen zunächst Entwürfe vorlegen, die vielleicht eine schnelle Einigung über endgültige Abkommen ermöglichen würden. Es wurde in der Sitzung dann auch sofort der Entwurf eines Veterinärbündnisses überreicht und ein weiterer Entwurf über das Lebensmittelabkommen für den nächsten Tag in Aussicht gestellt.

Daraufhin wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vorzeitig vertagt.

Wie Gdingen ausgebaut wird.

Die "Gazeta Moraska" bringt eine Aufstellung der Pläne für den weiteren Ausbau der Hafeneinrichtungen in Gdingen. Innerhalb eines Jahres sollen eine ganze Reihe von Neubauten durchgeführt werden.

Zwei neue Lagerhäuser sollen errichtet werden. Eins davon am Amerikatief in bereits im Bau. Es hat eine Lagerfläche von 8432 Quadratmeter und ist besonders für längere Lagerung von Baumwolle bestimmt, wofür Einrichtungen bisher nicht vorhanden sind. Für Transfertiefen soll am Franzosenkai ein Magazin von 8000 Quadratmeter Fläche erbaut werden. Außerdem soll in der nächsten Zeit in der Freihafenzone ein Stückgutlager von 12 500 Quadratmeterfläche errichtet werden. Im Zuderhafen wird ein Exportzuckerlager gebaut.

Das Kühhaus soll um zwei Stockwerke aufgestockt werden. Mit den Arbeiten soll bereits in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Katalanlagen im Freihafen hofft man bis Mitte nächsten Jahres vollkommen fertiggestellt zu haben. Noch in diesem Jahre sollen der Tschechoslowakische Kai und ein Teil des Rumänischen Kais fertiggestellt werden.

Zwei neue Kräne sind für den Gdingen Hafen in Auftrag gegeben. Vier davon gelangen am Holländerkai zur Aufstellung. Sie haben eine Tragfähigkeit von 3–5 To. und sind zur Eisenbahnverladung bestimmt. Sechs Kräne von je 3 To. Hebeleistung für die Stückgutverladung sollen teils im Freihafen, teils beim Transfertmagazin zur Aufstellung kommen.

Auch das Eisenbahnhäuschen des Hafens soll in der nächsten Zeit weiter ausgebaut werden.

Gelingt das Roosevelt-Experiment?

Opposition gegen Gewerkschaften. — Gefährliche Widersprüche. — Krisenanzeichen.

Am vergangenen Montag, dem "Labor Day", ist in den Vereinigten Staaten eine mit allen Mitteln der Massenpropaganda aufgezogene Propaganda für den "Nira"-Plan Roosevelts begonnen worden. Nicht weniger als 1½ Millionen freiwilliger Helfer wurden eingesetzt, deren Aufgabe es ist, diejenigen Arbeitnehmer, die sich bisher noch nicht entlohen konnten, einen Arbeitscode für ihren Geschäftszweig zu unterzeichnen, dafür zu gewinnen. General Johnson hat zwar kürzlich behauptet, daß bereits 80 Prozent der Arbeitnehmer ihre Lohnverhältnisse und ihre Arbeitszeiten durch anerkannte Arbeitscode geregelt seien, und daß es sich nur noch darum handle, die Wohltaten der Code nunmehr auch für die restlichen 20 Prozent sicherzustellen, es ist aber nicht recht einzusehen, warum dieses Riesenunterfangen notwendig ist, wenn nur noch ein so kleiner Sektor der Wirtschaft zu erobern bleibt. Tatsächlich scheint General Johnson, angefeind durch den Optimismus Roosevelts, der eine faszinierende Wirkung auch auf die Wirtschaft selbst ausübt, die Verhältnisse günstiger darzustellen als sie sind. Beispielsweise ergibt sich aus einer amtlichen Meldung, daß von den Unternehmern der Staaten New York, New Jersey und Connecticut noch nicht einmal ein Drittel den Code unterschrieben hat.

Die schroffe Ablehnung Henry Fords, die immerhin ermunternd auf andere innerlich widerstrebennde Arbeitgeber einwirkt, ist bekannt und bisher noch nicht gebracht.

In der Stahlindustrie ist ein weiteres Zentrum der Gegnerschaft gegen Roosevelt. John D. Rockefeller hat für die Stahlindustrie Kritik geübt.

Dabei richtet sich die Opposition, abgesehen vom Fall Rockefellers, nicht so sehr gegen die praktischen Bestimmungen über Löhne und Arbeitszeiten, als

gegen die offizielle Anerkennung der Gewerkschaften

als Verhandlungsgremien der Arbeitnehmer.

Der Führer der amerikanischen Gewerkschaften hat sogar geglaubt, die Gunst der Stunde auszunützen zu sollen und bat gefordert, in die Arbeitscode solle eine Vorchrift aufgenommen werden, nach der in Zukunft überhaupt nur noch organisierte Arbeiter eingestellt werden dürfen. Es ist den Unternehmen vorläufig zwar gesagt, diesen Schlag auf ihre Entschlafreiheit abzuwenden und das Open-Shop-Prinzip, nach dem die Einstellungen nur auf Grund der Eignung des Arbeitnehmers zu erfolgen brauchen, aufrecht zu erhalten, aber die Gewerkschaften haben die Wiederholung ihrer Forderung für Anfang des nächsten Jahres, nach Ablauf der derzeitigen Codes erneut angekündigt.

Diese Streitigkeiten haben jedenfalls ein gespanntes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzeugt, das sich bis und da schon in Streiks entfaltet hat. Für die Auseinandersetzung der Unternehmenslust und die Erholung der Wirtschaft ist schon das nicht gerade günstig. Von denen, die dem ganzen Experiment Roosevelts skeptisch gegenüberstehen, werden aber noch gefährlichere Ausbrüche erwartet, weil man einen unüberbrückbaren Widerspruch zwischen der Recovery-Politik und der Währungspolitik Roosevelts erblickt.

Mit der Einführung der Zwangscodes übernimmt der Staat die Verantwortlichkeit für die Lohnfestsetzung. Gleichzeitig aber entkleidet er durch seine inflationistische Währungspolitik das Geld seiner Signung als Wertmesser.

Angefüllt der beständigen Kurschwankungen des Dollars weiß der Arbeiter nie, was er sich übermorgen für die heute festgelegte Lohnsumme wird kaufen können wenn der Dollar sinkt. Der Arbeitgeber wieder kommt beim Steigen des Dollars in die Gefahr, die für seine Lohnverpflichtungen erforderlichen Summen nicht aufzubringen zu können. Wird das Ende dieser gänzlich unübersehbaren Entwicklung eine Krise mit Streiks riesenhaften Umfangs und neuen Firmenzusammenschlüssen sein? Es ist immerhin ein Anzeichen für die starken Bedenken, die selbst im engsten Mitarbeiterkreis Roosevelts gegenüber dieser Politik gezeigt werden, daß der stellvertretende Leiter der "Nira", die bisherige rechte

Hand Johnsons, Gates, seinen Rücktritt erklärt hat, weil er die Verantwortung für den jetzt gesteuerten Kurs nicht glaubt weiter mittragen zu können.

Die seitherigen Ergebnisse des Roosevelt-Experiments bleiben hinter den Erwartungen zurück. General Johnson hatte vor einiger Zeit erklärt, bis zum "Labor Day" werde die Zahl der Arbeitslosen um die Hälfte vermindert werden. Tatsächlich macht die Zahl der Neuambilanzierungen unter der Herrschaft des "Nira"-Arbeitscode höchstens 2 Millionen aus, und selbst die amlich registrierten Arbeitslosen müssen noch mit erheblich mehr als 10 Millionen angegeben werden. In der Beschäftigung der Industrie, die sonst mit dem Beginn des Herbstes einen saisonalen Aufschwung erfuhr, ist seit Ende Juli eine rückläufige Bewegung eingetreten. Gerade die Schlüsselindustrie, wie Stahl-, Textil- und Autoindustrie, berichten über Auftragsrückgänge. Überall da, wo man die optimistischen Erwartungen der Regierung erfüllt, und auf Borrat arbeitete, sieht man heute vor stark gefüllten Lägen, deren Ablauf Sorge bereitet. Die Börse ist zurückhaltend und die Banken, die an sich durchaus flüssig sind, und nach guten Anlagemöglichkeiten suchen, können sich zu einer weiteren Kreditpolitik, wie die Regierung sie haben möchte, nicht entschließen.

In Washington erwähnt man deshalb den Plan, die der "Nira" angeschlossenen Industrien in irgend einer Form zusammenzufassen, um so eine große Paulhalbfredihergabe durch die "Refico" (Reconstruction Financing Company) zu ermöglichen.

Das würde natürlich bedeuten, daß man ins offene Meer der Inflation hinaussteuert.

Eine Reihe von Industrien, die durch die "Nira"-Pläne ihre Produktionskosten steigen sehen, fordern aber auch schon wieder neue Zollerhöhungen, um einen Ausgleich gegen die angeblich niedriger fakturierenden Auslandsindustrien zu bekommen. Wenn man sich erinnert, daß die amerikanische Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz noch für einen Abbau der Handelshemmnisse plädierte und den Vorschlag einer allmählichen prozentualen Senkung der Zölle machte, wirkt diese neue Entwicklung in Amerika einigermaßen grotesk. Sie begegnet sich allerdings mit Tendenzen, die auch sonst in der Welt bemerkbar werden. So hat eben Holland den Zollwaffentilstand, der auf Bezeichnung des Völkerbundsausschusses zwischen den Hauptstaaten der Welt abgeschlossen worden war, mit einmonatiger Frist gefündigt, weil die Londoner Konferenz zu seinem greifbaren Ergebnis geführt habe und die Niederländische Regierung ihre volle Handlungsfreiheit wiederzuerlangen wünsche.

In den Vereinigten Staaten berücksichtigt die Forderung nach Zollerhöhungen aber umso eigenartiger, als gleichzeitig der Ackerbauminister Wallace vor einer Versammlung von Baumwollpflanzern eine Rede gehalten hat, in der er im Interesse des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Amerikas eine Anerkennung der Wirtschaftspolitik in dem Sinne fordert, daß eine Steigerung der Kaufkraft der ausländischen Abnehmer gefordert werden müsse. Als Mittel dazu gibt er an: Schuldenrevision und Förderung der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten. Das ist jedenfalls gerade das Gegenteil davon, was die zollhungrige Industrie will.

Es scheint, daß der bisher nur an den Verhandlungstischen der "Nira" geführte zähe Kampf um die Roosevelt-Wiederanspannung zu offenem Austritt kommen soll. Krisenhafte Anzeichen lassen jedenfalls daran schließen, daß die Wirtschaft noch keineswegs auf das in das gelobte Land neuer Prosperity führende Gleis geschoben worden ist.

Ford bleibt seinen Grundsätzen treu.

Ford hat die Frist zur Unterzeichnung des Autocode unbedingt verstreichen lassen, statt dessen aber die Höhe seiner Löhne um etwa 20% erhöht.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 6. September. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen 15 to 14.15

Richtpreise:

Weizen, neu, 3. Verm.	20.25–20.75	Winteraps	34.00–35.00
Roggen 881–891 kg	13.75–14.25	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—
Gerste 643–662 kg	14.00–14.50	Senf	40.00–42.00
Roggen, neu	13.00–14.00	Blauer Mohr	52.00–57.00
zum Mahlen	—	Weizen u. Roggenstroh, lohe	1.25–1.50
Wintergerste	—	Weizen u. Roggenstroh, gereift	1.75–2.00
Hafer	12.50–12.75	Hafer- und Gerstenstroh, lohe	1.25–1.50
Roggenmehl (65%)	21.75–22.00	Hafer- und Gerstenstroh, gereift	1.75–2.00
Weizenmehl (65%)	34.00–36.00	Sommerweide	—
Weizenkleie	8.50–9.00	Hafer, lohe	4.75–5.25
Weizenkleie (groß)	9.50–10.00	Folgerberieben	21.00–23.00
Roggenkleie	8.00–8.50	Vittoriaerbien	18.00–22.00
Sommerweide	—	Nekeser, lohe	5.25–5.75
Folgerberieben	—	Blauer Lupinen	6.25–6.75
Vittoriaerbien	—	Negebeu, lohe	5.25–5.75
Blauer Lupinen	—	Negebeu, gereift	6.25–6.75
Winterrüben	42.00–43.00	Sonnenblumen	—
		Lüchinen	46–48%

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Weizen, Braugerste, Hafer, Roggenmehl ruhig, für Roggenmehl schwach.

Gesamtrendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 19 to, Weizen 13 to, Gerste 18 to, Roggenmehl 60 to, Vittoriaerbien 15 to.

Warschau, 6. September. Getreide, Mehl und Futtermittelabfälle auf der Getreide- und Warenbörsen für 100 kg Parität Waggon Warschau: Roggen I., alt —, Roggen neu 13.75 bis 14.25, Einheitsweizen 21.50–22.00, Sammelweizen 21.00–21.50, Einheitshafer, neu 13.00–14.00, Sammelhafer, neu 12.50–13.00, Grüngescheide 14.00–15.00, Braugerste —, Spelletiefenberieben 22.00 bis 24.00, Vittoriaerbien 24.00–26.00, Winteraps 37.00–39.00, Rottlee ohne Flachsleide —, Rottlee mit Flachsleide bis 97% gereinigt —, roher Weizklee —, roher Weizmehl (45%) 1. Sorte —, neu 38.00–43.00, Weizmehl (65%) 1. Sorte —, neu 35.00–38.00, Weizmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizmehl) —, neu 32.00–35.00, Weizmehl 3. Sorte —, neu 18.00–20.00, Roggenmehl I 24.00–25.00, Roggenmehl II 18.00 bis 19.00, Roggenmehl III 18.00–19.00, grobe Weizenkleie 9.50–10.00, mittlere 9.50–10.00, Roggenkleie 7.50–8.00, Leinsamen 35.00–37.00, Leinsamen 35.00–37.00, Speisekartoff